

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C. 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: 21
Berolina 3481. Geschäftszeit des Verlages von 1/8 Uhr bis 1/17 Uhr.
Zurückgehende Sprachkurse: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Ercheint täglich außer Montags

Verlag: Kottbuser Verlag, Sanftleben, Dammstraße und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Neue-Milaner-Pl. Vereintigte Zeitungsverlage, G. m. b. H.
Postfachkonto Berlin NW 279 70

Bezugspreis pro Woche 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 90 Pf., halbjährlich 180 Pf., jährlich 360 Pf. (einschl. Porto).
Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).
Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).
Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).
Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).
Abnahme nach Vereinbarung. Einzelhefte 5 Pf. (einschl. Porto).

Die Regierung fordert Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung

„Demokrat“ Dietrich erklärt die drei Millionen Erwerbslosen für korrumpiert Regierung gibt den Unternehmern das Stichwort für Lohnsenkung

Besten erklärte der demokratische Reichswirtschaftsminister Dietrich anlässlich der Statthalter im Haushaltsausführung des Reichstages:

„Das Kernproblem unserer Wirtschaft ist die Arbeitslosenfrage. Es ist unerträglich, wenn wir Jahr für Jahr über eine Milliarde Ausgaben ohne jeden Wert, mit der Wirkung, daß die Empfänger dieser Gelder noch korrumpiert werden. (Beifolgende Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.) Die Realloshypothek wird ganz von selbst gefördert durch die Wirkungen, die der Zusammenbruch der Rohstoffpreise naturgemäß auf die übrigen Preise haben muß.“

Nach Brüning — Moldenhauer. Nach Moldenhauer — Stegerwald. Nach Stegerwald — Dietrich. Es ist kein Zufall, daß im Laufe einer Woche vier Regierungsmitglieder erklären, daß die Erwerbslosenunterstützung kein Kränlein Rührmisch-Nichtan sei, um mit den Worten Stegerwalds zu reden.

Der „linke“ Flügelmann des Bürgerblockkabinetts will ganz Recht haben, und mit der Erwerbslosenunterstützung — denn sie korrumpiert! Aus dem Munde des Justizministers Credit, daß zwanzig Millionen in Deutschland aufgenommen werden, soll blühender Ernst werden. Man gibt den Erwerbslosen keine Arbeit. Man gibt ihnen kein Brot; und Kleider, Wärmehülfe, Planze, mit denen sie nicht leben, aber viel leichter sterben können. Über selbst das Wenige soll ihnen auf den Wunsch des Bürgerblocks genommen werden. Und wenn Millionen sterben — den Bürgerblock-Wünschen tut es nicht weh.

Durch den Angriff der Stahlhelm-Regierung richtet sich gegen die gesamte Arbeiterklasse. Der Demokrat Dietrich hat gestern den Unternehmern die theoretische Fundierung ihrer schon in der Durchführung begriffenen Offensive gegen die Arbeitsschichten

gegeben. Jeder weiß, daß die Realloshöhe der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten weit tiefer liegt als der Kriegszustandslöhne liegen. Das hindert Herrn Dietrich nicht, von den in Wirklichkeit nicht vorhandenen Ausmündungen der Rohstoffpreissenkungen auf die übrigen Preise zu reden und damit den Unternehmern das Stichwort für ihren Angriff zu geben, als dessen Ziel die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vorgestern proklamierte: allgemeiner Lohnabbau, Arbeitsdienstpflicht und Verlängerung der Arbeitszeit, keine Arbeitslosenunterstützung der Saisonarbeiter und schließlich allgemeine Verdienstsenkung.

Die Notarbeit, die auch hier von dem blässlichen Abbau der Erwerbslosenunterstützung der Sozialdemokratie geleistet wurde, ist allgemein bekannt. Und es versteht sich, daß die Sozialdemokraten, die gestern erst wieder im Haushaltsausführung 750 000 Mark Subventionen an die Eisenindustrie, an der Eisenbahn und an die Bergbauindustrie, 400 000 Mark der Leipziger Messe und 500 000 Mark angetroffenen Exporteuren bewilligten, im Ernstfall zur Verhinderung des Abbaus nicht den Finger rühren werden. Der typischste Beweis dafür ist Stahlwert Selez, was von 15-prozentige Subvention mit sozialdemokratischer Hilfe Wirklichkeit geworden ist.

Über gekämpft muß werden, wenn anders die Pläne des Bürgerblocks, die Pläne der Schwerindustrie und Junker nicht Wirklichkeit werden sollen. Mobilisiert die Mitglieder in den Gewerkschaften! Trete in den Betrieben auf den Platz! Macht euch in den Stempelkassen abwehrbereit! Eine heilige rote Einheitsfront aller Arbeiter muß sich im Kampf gegen die Unterdrückung und Lohnabbaupläne des Bürgerblocks zusammenschließen für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, für Arbeit und Brot den Erwerbslosen, gegen Nationalisierung und Massenentlassungen, für Lohnsenkungen! Fort mit dem Bürgerblockkabinet!

Die Internationale der Sozialisten und die indische Revolution

Zur Berliner Tagung der II. Internationale

Morgen tritt die Exekutive der II. Internationale zum ersten Mal in Berlin zu ihrer Tagung zusammen. Die Internationale der Sozialisten ist aus diesem Anlaß ihre prominentesten Vertreter nach Berlin: die englischen Führer der indischen Revolution, die französischen Führer des brutalsten Militarismus, die österreichischen Sozialisten, die Geburtshelfer der tschechischen Schöber-Diktatur, die Wandler des, die mitverantwortlich sind für die Schrecken der belgischen Kolonialherrenschaft im Kongo, die belgischen Sozialdemokraten, die das Blutregime des holländischen Imperialismus in Indonesien verantworten, die russischen Menschewiki, diese „gewesenen Leute“, die in einer Front mit den zaristischen Weißgardisten alle Mittel, von der niedersten Verleumdung bis zu terroristischen Anschlüssen, in Bewegung setzen, um den sozialistischen Wurzeln zu der Sowjetunion zu töten und die Diktatur des Proletariats zu zerstören, und nicht zuletzt die deutschen Sozialisten, die Regisseure des Mai-Blutbades, die Urheber des Republikstuhls, die festesten Stützen der reaktionären Bürgerblock-Regierung.

Es ist charakteristisch für die Rolle dieser „Internationalen“, daß auf der Tagesordnung des Kongresses ihrer höchsten Körperschaft keine einzige der Fragen figurieren, die heute im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und des leidenschaftlichen Interesses der gesamten internationalen Arbeiterklasse stehen. Die große indische Revolution, der revolutionäre Aufbruch in China, die Aufstandsbewegung in Indochina, die heranreifende Weltkrise des Kapitalismus mit ihren ungeheuren Auswirkungen für das Proletariat — das sind die Welt-, Wandler, Otto Bauer, MacDonald usw. Fragen, die lediglich mit Praezedenzen und Maschinengewehren, mit Gummiknüppeln und Karabinern „gelöst“ werden.

Diesmal tritt die Exekutive der „sozialistischen“ Internationalen in einem Augenblick zusammen, der sie auf eine harte Probe stellt. Das Geknatter der Maschinenorgane vom indischen Schlachtfeld, kommandiert von MacDonald, einem ihrer führenden Mitglieder, das Todesröcheln der von MacDonalds Soldateska niedergestreckten indischen Arbeiter und Bauern wird in ihre „friedlichen“ Beratungen gelenkt. Dieser Augenblick ist wie kein anderer geeignet, die konterrevolutionäre Haltung der Exekutive dieser ehemals herrschen Herren an den Springer zu testen.

In großen historischen Momenten, im Augenblick gewaltiger revolutionärer Bewegungen, offenbart sich am trefflichsten der konterrevolutionäre Charakter der Zweiten Internationale, treten die sozialistischen Regierungen und Parteipräsidenten offen als Helfer der Revolution, als Hüter im Dienste des Imperialismus auf.

Die indische Revolution paßt ebendowenig wie die chinesische Revolution und die zahllosen Kolonialkämpfe an verschiedenen Ecken der vom Imperialismus beherrschten Welt, in das Schema der Zweiten Internationale. Hat sie doch eine „friedliche“ Entwicklung, ein ruhiges Hineinwachsen in den Sozialismus, eine „fortschrittliche“ Überwindung und Lösung internationaler Probleme auf dem Schiedsgerichtswege oder durch Verträge als allgemeine Festsetzung vorgezeichnet.

Es handelte sich für die II. Internationale — von ihrer Spitze, dem Internationalen Sozialistischen Büro bis zum letzten Kronprinz — darum, die Aufmerksamkeit des breiten Massen des europäischen Proletariats möglichst lange von der Entwicklung des kolonialen Kampfes abzulenken, Illusionen über „Reformpläne“ MacDonalds zu erwecken und diesem inzwischen die Möglichkeit zu geben, die Mächte des britischen Imperiums, die überall zu placken begannen, wieder zusammenzuführen.

Die Elementargewalt des indischen Revolutionsausbruchs und die lawinenartige Entwicklung der Massenbewegung, welche dem Einzug militärischer Machtmittel trotzend und die durch die

Terrorurteil gegen Massenstreikparole

1 Jahr 3 Monate Festung für Genossen Sothmann von der „Roten Fahne“

Der Vierzigste!

Leipzig, 9. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der IV. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den Redakteur der „Roten Fahne“, Genossen Karl Sothmann, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ auf Grund des Severingischen Republikstuhlsatzes zu der ungeliebten Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Festung, nachdem der Staatsanwalt über 1 Jahr 9 Monate Festung beantragt hatte.

Genosse Sothmann zeichnete im Januar als verantwortlicher Redakteur der „Roten Fahne“. Am 22. Januar wurde Genosse S. verhaftet und monatelang wegen angeblich vorliegenden Mordverdachts in „Untersuchungshaft“ festgehalten. Gegenstand der Anklage waren sechs Artikel aus der von Sothmann beschrifteten „Roten Fahne“ Nr. 15 vom 18. Januar und zwei Artikel aus der Nr. 18 vom 22. Januar.

In welcher Weise in der Anklage der Tatbestand der Vorbereitung des Hochverrats konstruiert wurde, zeigt folgendes Beispiel: In einer in der „Roten Fahne“ abgedruckten Resolution der Filimärbeiter gelobten diese,

„mit gesteigertem Energie den Kampf um ihre Forderungen aufzunehmen mit dem Ziel des Komens der politischen Massenstreiks, der ausmünden muß in den Kampf um die Macht über die Unternehmer und ihre sozialdemokratischen Anstalten.“

Die Resolution schließt dann mit den Worten: „Es lebe Sowjetdeutschland!“ Die Anklageschrift macht daraus folgendes:

„Der Artikel verlangt ebenfalls den politischen Massenstreik in das Gegenwort, um ein Sowjetdeutschland zu errichten.“

Von besonderer Bedeutung ist ferner die Erklärung des Vorsitzenden des Reichsgerichts in der Urteilsbegründung, daß es unwahrscheinlich sei, ob der politische Massenstreik als eine direkte Vorbereitungsmaßnahme zum Bürgerkrieg angesehen würde oder ob der Massenstreik als Mittel zur Formierung der „roten Front“ zu betrachten sei. Denn die einheitliche Massenfront, die besonders durch das Mittel des politischen Massenstreiks herbeigeführt werden sollte, sei ebenfalls nicht Selbstzweck, sondern werde von den Kommunisten als Vorbereitung zum gewalttätigen Sturz der kapitalistischen Gesellschaft zu schaffen versucht.

Die Antwort auf das ungeheuerliche Urteil des Reichsgerichts wird das Proletariat geben. Es wird sich durch keine Macht der Welt die Waffe des politischen Massenstreiks aus der Hand schenken lassen. Gerade dieses Urteil zeigt der Arbeiterklasse, daß die Bourgeoisie die Waffe des politischen Massenstreiks auf den Tod schießt.

„Rot-Front“-Auf bestraft

25 Monate Gefängnis im Wuppertaler Prozeß

Im Wuppertaler Aufrührprozeß wurden trotz völligen Zusammenbruchs der Anklage gegen vier Angeklagte hohe Gefängnisstrafen verhängt. Es wurden verurteilt wegen Aufrufes und Mädelstreikhaft, Krüger zu sieben Monaten Gefängnis und die Arbeiter Böhm, Krüger und Bauer wegen Aufrufes zu je sechs Monaten Gefängnis. Ein Arbeiter erhielt wegen Mordverdacht 50 Jahre Gefängnis. 14 Angeklagte wurden freigesprochen. Den Arbeitern konnte weiter nichts nachgemessen werden, als daß einige Arbeiter bei einer Demonstration „Rot-Front!“ gerufen haben.

Neoliberalistische Fiktion bedingten Hemmungen überwindend, die wichtigsten Zentren Indiens in den Zustand offener Auf-
ruhrs gegen den britischen Imperialismus versetzte, waren
ein arger Strich durch die Rechnung der II. Internationale.
Mit der „Verzichtserklärung“ ging es nun, da jeder Tag neue
Zusammenstöße in Indien brachte, da sogar die bürgerliche Presse
von der großen indischen Revolution zu sprechen begann, nicht
mehr weiter. Die „Sozialisten“ von der II. Internationale
waren gezwungen, „Stellung zu nehmen“ zu einem Problem,
dessen Aufstellung für sie so unangenehm wie möglich ist. Kein
Wunder, daß diese „Stellungnahme“ mehr als lässlich ausfiel.
Um so schärfer illustriert sie die blutige Rolle dieser „Internatio-
nale“ der Sozialfaschisten.

Das Büro der Internationale selbst spricht in seinem Ma-
nifest ganz verächtlich und verlegen „von großen Demon-
strationen, in welchen die Freiheitsbewegung der unterdrückten
Völker Afrikas und Asiens gegenwärtig zum Ausdruck komme“.
Und — ohne ein Wort über die Berechtigung dieser Aus-
sagen und Freiheitswünsche zu sagen — werden die Arbeiter
dieser Länder aufgefordert, sich der II. Internationale anzuschließen.
Ob die ehrenwerten Führer dieser Internationale die
Fahnenwagen und Maschinengewehre als Antwort auf die
„Freiheitsbewegung“ und die „großen Demonstrationen“ schiden,
ihren Opfern für den „Anschluß an die II. Internationale“ ein
paar Jahre Gefängnis ersparen oder den „Dominanz“-Status
anbieten werden — darüber weiß das Manifest nichts zu sagen,
ebenso wie es dem gereizten Leser die Lösung der Preisangelegen-
heiten, wie man denn in einem Atem die Regierung, die
Afrika und Asien unterdrückt, nämlich die Regierung Mac-
Donalds, beglückwünscht und die sich gegen die Kolonial-Imperia-
listen auflehrenden Massen als Freiheitskämpfer bezeichnen
läßt.

Und doch lehrt dieser Widerspruch in den Äußerungen der
sozialdemokratischen Presse, die jetzt wohl über das indische
Problem befehligen muß, immer wieder: Je nachdem, ob der be-
treffende sozialdemokratische Redakteur politisch weiter- oder
näher vom Schauplatz der blutigen Kämpfe zwischen Kolonial-
revolution und Sozialimperialismus steht, ist die Tonart auf
größere oder geringere „Sympathie“ mit Indien abgestimmt.



So erklären die Linken Sozialfaschisten in ver-
schiedenen Ländern, um den europäischen Arbeitermassen Sand
in die Augen zu streuen, daß die indischen Forderungen „berech-
tigt“ seien, daß auch der revolutionäre Weg zur Erreichung
dieser Forderungen „nicht verworfen werden könne“, daß es ein
„Unglück“ sei, wenn die britische Arbeiterregierung auf indische
Arbeiter, die für ihre nationale Selbstbestimmung kämpfen,
schiesse.

Dann gibt es eine zweite Nuance: ein Teil der sozialdemo-
kratischen Presse, darunter der „Vorwärts“, kann zwar den
indischen Forderungen im allgemeinen nicht entgegenstehen, aber
nur die „gewaltlose Gewalt“, der Feindschafts-utopische und
reaktionäre Gandhismus findet Gnade in seinen Augen.
Nur er „entspricht der indischen Weltanschauung“ und das Entschwei-
den in der indischen Revolution ist nicht etwa die Rolle, welche
die Arbeiterklasse spielt, sondern die „Opfer, welche die Bour-
geoisien Schichten für die Gandhi-Bewegung bringen“ („Vor-
wärts“ vom 8. Mai). Also: für den Gandhismus, gegen die
revolutionäre Massengewalt!

Zugleich aber lehrt der „Vorwärts“ mit größtem Nach-
druck für die MacDonald-Regierung ein, die drauf
und drauf ist die indische Revolution im Blute zu erstickend.
Die MacDonald-Regierung ist „trotz ihrer tiefen und ehrlichen Sympa-
thie für die Freiheitswünsche des indischen Volkes“ (weshalb ein
Abgrund der nichterträglichsten Verlogenheit!) „gezwungen“,
„Gewalt gegen Gewalt zu stellen“. „Sie kann nicht
andere“ — das ist nach dem „Vorwärts“ vom 9. Mai die
„ungeheure Tragödie“ der MacDonald-Regierung.

Das Büro der Internationale wie auch die von einem
Regierung vergoffen, deren Führung die Ar-
beiterpartei besitzt — aber sie ist an dem Blut un-
schuldig“ — das ist die Philosophie, mit der der „Vor-
wärts“ die Blutstöße der englischen Herrscherregierung rechtfertigt,
mit der er Jürgensels Raubmord rechtfertigt, mit
der jeder konterrevolutionäre Gewaltstreik, jeder Überfall an
der Revolution gerechtfertigt wird.

Die dritte sozialfaschistische „Stellungnahme“ zu den Ereig-
nissen in Indien, die ausführlichste und die historische Rolle der
II. Internationale offen kennzeichnende, ist die „Stellungnahme“
der MacDonaldpartei. Entscheidend sind die Taten, die
Handlungen der II. Internationale — vertreten durch die Re-
gierung, in welcher ihre führenden Mitglieder sitzen: und diese —
nicht weit weg vom Schicksal, sondern unmittelbar „verantwortlich“
setzen sich mit der indischen Revolution, und sogar mit dem ge-
pöbelten „gewaltlosen“ Gandhismus in der Sprache der Ma-
schinengewehre, der Bomben und der Bombastide
auseinander.

Und keine Stimme in der „sozialfaschistischen Internatio-
nale“ erhebt sich, um die Abwägung der indischen Revolution
durch MacDonalds zu brandmarken. — Kein Protest wird
gegen die blutige Unterdrückung der — ach, so „sympathischen“ —
Freiheitsbewegung laut, ja sogar das „moralische Gewicht“ dieser
heuchlerischen und verfaulten „Internationalen“, das sich bei
der Verhaftung jedes konterrevolutionären Banditen oder bei
bestimmten Woyen in der Sowjetunion regt und aufregt, — ist
angelsichts der Hetzreden indischer Freiheitsopfer, die der „friede-
liche“ MacDonald den Kapitalisten der Londoner City herbringt,
verstummt!

Was immer die sozialfaschistische Presse aller Länder unverbänd-
lich, um dem Proletariat Sand in die Augen zu streuen, über
Indien schreiben mag, — Tatsache bleibt, daß die zweite
Internationale das reaktionäre Gewalt-
regime MacDonalds in Indien bedeckt, daß der
große indische Aufstand die Internationale der Sozialfaschisten
auf der anderen, der imperialistischen Seite
der Barrikade findet, daß sich die Blutschuld der interna-
tionalen Sozialdemokratie, mit den Opfern der europäischen
Revolutionen, mit dem Blut, das in Berlin und Wien, im
Wedding und in Neufahrweg, in Hamburg und Leipzig geflossen
ist, schwer genug beladet, nur auch um die Tausende von er-
starrten Arbeitern und Bauern schüttet, die in
Indien fallen.

In dieser Hinsicht erklärt die II. Internationale genau die
Rolle, welche ihr vom Imperialismus zugeteilt wurde.



Wie aber schätzt die sozialimperialistische Internationale,
ihre eigene Rolle zur Voraussetzung nehmend, die weitere
Entwicklung, die Perspektive der indischen Revolution ein?

„Wie leicht kann die englische Demokratie, wenn ihre Füh-
rung in den Händen der englischen Arbeiter bleibt, diesen Weg

SPD. bewilligt 20 Prozent Mieterhöhung

Das Zentrum stellt noch weitergehende Forderungen — Organisiert den Gegenstoß durch Bildung von Kampfausschüssen der Mieter

Gestern wurde im Kabinett im Anschluß an die Inter-
nationale Besprechung, über die wir bereits berichtet haben, Stel-
lung zur Deckung des Preisen-Staats genommen. Bekanntlich be-
absichtigt die Regierung, das Defizit von 117 Millionen durch
Erhöhung der Grundsteuer um 100 % zu decken. Das käme einer
Steigerung der Mieten von 4 % bis 20 % gleich. Demokraten und
SPD. haben hierzu ihre Zustimmung gegeben. Man hat das Zen-
trum den ungeheuerlichen Vorschlag gemacht, die härteste und
ungerechteste aller Steuern, die Hauszinssteuer zu erhöhen.

Gleichgültig, ob die Grundvermögenssteuer oder die Haus-
zinssteuer erhöht wird — im Kabinett wurde noch kein Beschluß
gefaßt, dieser soll erst nächsten Freitag im sogenannten Röp-
fungsanschuß fallen — bedeutet es in beiden Fällen eine er-
hebliche Verteuerung der Mieten. Die Verdoppelung der Grund-
vermögenssteuer bedeutet

für Berlin, das 200 Prozent Zuschlag zur Grundsteuer
bereits erhebt, eine Mieteilgerung von 12 Prozent oder
132 Millionen Mark. Infolge der beschlossenen Er-
höhung des Berliner Gemeindebezugs im Etatjahr
1930 um weitere 100 Prozent würde also die Verdopp-
lung der Grundvermögenssteuer eine Mieteilgerung um
wenigstens 20 Prozent mit sich bringen.

Aber auch die Erhöhung der Hauszinssteuer, die vom
jährsmächterlichen Zentrum gefordert wird, bringt eine bedeu-
tende Steigerung der Mietzinsen mit sich. Um den Volks-
beträgern ihre Demagogie unmöglich zu machen: Die Hauszins-

steuer dient nicht der Behebung des Wohnungsnot, sondern der
Ausplünderung der Massen.

Von über 2 Milliarden Hauszinssteuerertrag im Reich
werden nur 350 Millionen dem Wohnungsbau zugeführt.

Und diese 350 Millionen werden keineswegs zum Bau
billiger Wohnungen für die wertvolle Bevölkerung verwendet.
Die Neubauwohnungen sind wegen ihrer hohen Mietpreise un-
erschwinglich für die breite Masse der Arbeiter. Infolge-
dessen steigt die Wohnungsnot und das Wohnungselend für die
Arbeiterfamilien von Jahr zu Jahr.

Aber was tut den Demokraten und der SPD., wenn die
Arbeiter keine anständigen Wohnungen haben und für ihre
Ersatzlöcher von Jahr zu Jahr mehr Wiese zahlen müssen. Sie
bewilligen fröhlich drauf los 20 Prozent Mieterhöhung für die
Hauszinssteuer und werden nur durch das Zentrum übertriften,
dem auch diese noch zu gering erscheint. Die Zentrumsa-
rbeiter müssen sich das merken.

Für die Arbeiterklasse gibt es einen Weg, gegen den
Mietwucher und das Wohnungselend zu kämpfen. In allen
Wohnquartieren und Neubausiedlungen tut es not, sofort
öffentliche Versammlungen einzuberufen und Kampfausschüsse
der Mieter zu wählen. Die Mietervereine müssen Delegierte
wählen für den Reichstagskongreß der Arbeitergemeinschaft sozial-
politischer Organisationen (RISO), der am 14. und 15. Juli
1930 in Dresden stattfindet. Keinen Pfennig für die Haus-
zinssteuer, sondern Kampf gegen die Mieterwucherer durch die ge-
wählten Kampfausschüsse, das muß die Antwort auf diesen neuen
Anschlag der preußischen SPD-Koalition sein.

Rotes Begräbnis für Kameraden Zahnte

Am Montag 15 Uhr auf dem Friedhof Friedrichsfelde — Treffpunkt zur Demonstration Küstener Platz 13.30 Uhr

Niedergeschossen wie einen toten Hund hatten sie ihn, den
Jugendkameraden Gustav Zahnte. Fleißers Polizei mußte
Bier schießen, um den Tod des Sozialfaschisten Galle, der Ditt-
Dyba heimlich erschoss, zu rächen. Den Jugendgenossen Dyba
verschätzte die schändliche SPD-Polizei ganz heimlich. Den
Kameraden Gustav Zahnte verfolgte die Fleißers-Polizei noch
nach dem Tode.

Ein Mitternachtsgebet von Schupo mit Karabinern und
Maschinengewehren, mit heruntergegangenen Stenogrammen,
durchstießte die Straßen von Leipzig, um Demon-
strationen der Arbeiter zum Selbstmord in Leipzig
auszudeckeln. An vielen Stellen der Stadt
wurden schreckliche Menschenfallen errichtet.

Das jährliche der Leipziger wertvolle Bevölkerung nicht, 2000
Arbeiter waren auf den Friedhof geföhrt, um Abschied zu
nehmen vom dem gemordeten Kameraden Zahnte. Mit geballter

Faust, mit zusammengebissenen Zähnen geliebten sie, in jedem
Geiste vorwärtszuführen.

Nach dieser eindringlichen Trauerkundgebung wurde die
Urne nach Berlin überführt und im Rosa-Luxemburg-Saal im
Karl-Liebknecht-Haus aufgebahrt. Die Kommunistische Partei
und der kommunistische Jugendverband, die rote Hilfe Deutsch-
lands rufen die Berliner Arbeiter auf, sich geschlossen an der
Beisetzung der Urne des Kameraden Zahnte

am Montag, dem 12. Mai, um 15 Uhr, auf dem Fried-
hof in Friedrichsfelde

zu beteiligen. Der Treffpunkt zur Demonstration ist 13.30
Uhr Küstener Platz. Vorher findet im Karl-Liebknecht-
Haus eine Trauerfeier statt.

Betrübte und Stempelflecken werden durch Entsendung von
Delegierten ein Trauerbegräbnis für die Sache erzwingen, für die
unser junger Kamerad sein Leben gab.

Sozialfaschistische Sozialisten

aber schenkt den Pfaffen 4 1/2 Millionen Mark
Weimar, 9. Mai. (Sig. Ver.) Bei der Beschlußfassung
über den Fähringer Haushalt zeigt die nationalsozialistische
Reichsregierung wiederum ganz unerschrocken ihre arbeitser-
scheindliche Gesinnung. 106 000 Mark werden an Pfaffen zu den Kosten
der gehobenen Zulage gezahlt. 30 000 Mark weniger
gibt die Regierung an Pfaffen zu den Kosten des außer-
ordentlichen Wessenaufwands im neuen Staatsjahr
aus. 100 000 Mark werden für allgemeine Leistungen des
Staates für wohlfahrtsmäßige Zwecke ge-
strichen. Aber im gleichen Augenblick, in dem die Reichsregierung
die Pfaffen der Armen beraubt, bewilligt sie den
Pfaffen 4 500 000 Mark. Das sind 1 120 000 Mark mehr
als im Vorjahre!

Der Papst in der Robe des Staatsanwalts

Bucharins Pamphlet beschlageneht

Das Amtsgericht Berlin-Mitte hat gestern auf Grund des
Gotteslästerungsparagrafen 166 das Pamphlet des Genossen
Bucharin „Das Finanzkapital im Mantel des Papstes“ beschlag-
nahmt. Zwar wird das wenig nutzen, da die sehr hohe Auflage
bis auf einige Duzende Exemplare völlig ausverkauft ist.

(h. d. den Weg der indischen Revolution) abwärts. Vielleicht
kann das Bestreben der europäischen Arbeiterklasse für die
nationalen Revolutionen des Ostens Blutvergießen ersparen.
Aber die einmal ins Rollen gekommene Gewalt
drängt beide Teile auf gefährlichen Wegen
weiter: ohne harte, lange Kämpfe wird es nicht
abgehen: und erst am Ende dieser Kämpfe steht
... die Selbstverwirklichung, nicht die Unabhängig-
keit! — schreibt das Zentralorgan der Ultra-Linken,
(„Arbeiterzeitung“ vom 4. Mai.)

Also — kein andere Prognose als weiteres Blutvergießen
(welches auf beiden Seiten), sowohl auf Seiten MacDonalds
wie auf Seiten der nationalen Revolution gleich „gerechtfertigt“
erföhrt), als lange und harte Kämpfe — und am Ende, nicht
etwa der Sieg der Revolution, sondern ihre Niederlage, Verfall,
Kompromiß zwischen britischem Imperialismus und indischer
Bourgeoisie!



Die Möglichkeit des Eingreifens der indischen Arbeiter-
klasse, die Solidarität des Weltproletariats, die Er-
schütterung des Weltimperialismus des bürgerlichen Imperialismus
— all dies erklärt für die sozialdemokratischen Propheten nicht,
ebenso, wie sie vor kurzem für die Möglichkeit einer Welt-
krise, die Nähe eines neuen Aufstiegs der Kolonialrevo-

... es steht das im Stande, mit welchem Erfolg die
Zulage, ein Organ der Regierung, der antijohannischen Kriegs-
sache des Papstes annimmt. Der darf zwar zur Bekämpfung der
Republik mit Feuer und Schwert zuschlagen und kann gewiß
sein, seine Seite in der deutschen Regierungspresse, mit Zusat-
mungsäußerungen parallel, abgedruckt zu finden. Wenn aber von
proletarischer Seite seiner Heißigkeit der literarische Prozeß ge-
macht und die dunkle, an Einzel- und Massenmorden reiche Ge-
schichte der Päpste aufgewickelt wird, dann kommt die deutsche
Klassenjustiz, die weisagrische Verbrenner, antiliberalistische
Lichtemangensüßiger freispricht und beschlageneht die Chronik
der päpstlichen Verbrechen, die Widerlegung der päpstlichen Mä-
ge, Republikanische Pressefreiheit!

Verkehrsarbeiter fordern Lohn- erhöhung

Die Arbeiter der Berliner Verkehrsbeschäftigung (BVB.)
haben unter Begünstigung auf die Lohnbewegung der Kammer-
arbeiter eine Lohnbewegung gefordert. In der Begründung da-
zu wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die BVB. durch
die kürzlich stattgefundenen Tarifserhöhungen in der Lage ist,
höhere Löhne zu zahlen.

Große Erhöhrungen sollen erfolgreich an zwanzig Stellen
bei Düsseldorf vorgenommen worden sein.

Inktionen, die Notwendigkeit einer Verschärfung der Klassen-

konflikte nicht ergriffen.
Die indische Revolution ist für sie schon gerichtet, erledigt —
während im ganzen Lande Straßenkämpfe toben, die Massen-
bewegung wächst, neue Kräfte zu ihr stoßen. Und mit fatal-
istischer Sicherheit wird der Ausgang des Kampfes zwischen der
„von Arbeitern geführten“ englischen „Demokratie“ und der in-
dischen Revolution vorausgesagt, es wird davon die von einer
Seite gesprochen, auf welche das europäische Prole-
tariat keinen Einfluß haben kann.

Aber eben am Eingreifen des Weltproleta-
riats müssen die jeweiligen Rechnungen der
II. Internationale zu schanden werden. Von dem
Wage der Unterjüngung, welche das internationale, insbesondere
das europäische Proletariat, der indischen Revolution ge-
währt, hängt es eben, wie von der Steigerung des proletari-
schen Einflusses in der indischen Revolution selbst ab, ob sie nach
„schweren, harten Kämpfen“, wie es ihr die Herren Sozial-
demokraten weisagen, in einem Kompromiß zwischen bürgerlichem
Imperialismus und indischer Bourgeoisie verhandelt, oder ob sie,
die Diktatur der Arbeiter und Bauern in Indien erkämpfend,
die Voraussetzungen zu einer revolutionären Entwicklung in
England selbst schafft, um gemeinsam mit dem englischen Prole-
tariat das ganze imperialistische Gebäude mit seinen sozial-
imperialistischen Säulen zu zertrümmern.

Erwerbslose stehen zur Kommunistischen Partei

Für gestern hatte die Arbeitsgemeinschaft für die Interessen der erwerbslosen Angehörten, hinter der liberale Kreise, wie die „Liga für Menschenrechte“ stehen, eine öffentliche Versammlung einberufen, die außerordentlich gut besucht war. Der Leiter dieser Organisation, Bruno Brand, der durch Unterschlagungen von Arbeitergehältern nicht unbekannt ist, fungierte gleichzeitig als Versammlungsleiter, sagte aber vor der Empörung aller Anwesenden über diesen Schändling der Arbeiterschaft das Feld räumen. Freierweise hatte man die Polizei herbeigerufen, die mit einem Lastwagen und einem Pflaster erschien. Allerdings mußten sie durch das Eingreifen des Erwerbslosen Ausschusses für Angehörte wieder abziehen.

Der Erwerbslosenausschuß für Angestellte nahm nur die Versammlungsleitung in die Hand, und die Genossin Martha Stendsee verstand es, mit ausföhrlichen Worten über den drohenden weiteren Abbau der Erwerbslosenunterstützung die Anwesenden zum Kampf gegen diesen Raubband aufzufordern. Während der anschließenden lebhaften Diskussion erschien eine Delegation Schwedischer Eisenbahner, die die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihrem Lande schilderten.

Für 500000 Mark Schaden

Ein Dieb als Betrüger

Ein Diebstahl, durch den etwa zehn Berliner und auswärtige Juweliere und Edelfeinhandlert empfindlich geschädigt worden sind, ist augenblicklich Gegenstand einer kriminalpolizeilichen Untersuchung. Als Betrüger ist der 70 Jahre alte Juwelier W. Baum, der in Berlin und außerhalb eine ganze Reihe Geschäfte und Häuser besitzt, festgestellt.

Baum hatte als Kommissionsware bezogene Schmuckstücke sofort nach dem Empfang verpfändet oder anderweitig in Zahlung gegeben. Nach längerer polizeilicher Beobachtung wurde bei der Hausdurchsuchung in Baums Wohnung viel belastendes Material zur Verfügung gebracht. Von einer Verhaftung des Betrügers ist vorläufig abgesehen worden, weil er angeblich einen Herdenschlammbrand erlitten hat und im Sanatorium liegt.

Der 17jährige „Lebemann“

In einem Luxushotel im Westen der Stadt fiel am Donnerstag ein junger Mensch durch sein unruhiges Gebaren, das ein schlechtes Gewissen anzeigte, auf. Ein Kriminalbeamter nahm ihn mit zur Polizeiwache.

Dort stellte sich heraus, daß es ein 17 Jahre alter Kaufmannslehrling Fritz Weber aus Köln a. Rhein war. Er hatte seiner Tante in Burscheid 2000 Mark entwendet und ist damit nach Berlin gefahren. Hier legte er sich eine neue Garderobe zu, und mietete in einem vornehmen Hotel eine elegante Wohnung mit Bad. Bei seinen Streifzügen durch Berlin besuchte er mehrere Kaffeehäuser und spielte den großen Mann. Dabei geriet er in einen Kreis von Spielern, die dem „Lebemann“ sein Geld abnahmen. Mit leeren Taschen hatte er nun im Hotel geblieben und nicht mehr gewußt, was er jetzt anfangen sollte.

Heraus mit Siang

und allen proletarischen politischen Gefangenen!

Massenprotest gegen Justizwärdin

am Mittwoch, dem 14. Mai, 1930 Uhr, im Moabiter Gefängnis, Wilmersburger Str.

Aus den satirischen Werken Siangs werden gelesen: Erich Weinert, Ludwig Renn, Johannes R. Becher u. a. Es sprechen: J. R. Becher, Albert Norden u. a. Es spielt: Das Meyerhold-Maschtrio, Moskauer Staatstheater, russische Revolutions- und Volkslieder und die Arbeiter-Agitpropgruppe „Kuro Links.“ Unkostenbeitrag 50 Pf.



Kopiert bei Agla-Verlag, Wien-Vienna.

50. Fortsetzung

Andere machen aus Granatpfähtern Bleischießwetter, Dolche, was weiß was alles. Andere lassen von Kupferlingen Fingerlinge, Broschen, Kunstwerke aus jungen Wirtenspämmen entfehlen. Andere legen den Köpfen aus dem Mund und sitzen jede freie Minute beim Stat. Die Photographen photographieren die verwesenden Russen in den Drahtperchauen, das sind die „Gerbildeten“, die Offiziere und Einjährigen, die teure Apparate hier haben. Halboberweisse Menschen im Bild als Kriegsendanten, deren Knochengerüste wie Vogelschenschen in den spanischen Kellern hängen — ist doch mindestens originell!

Es ist so schwer, hier Abwechslung zu finden. Man weiß, daß eine Pferdelaus auf eine Menschenlaus losgeht und am liebsten sich bei diesem Klingklopff. Wenn alles nicht mehr befriedigt, flattert sie sich gegenständig Besuche ab. Machen sich Krügen und Vorhänd aus Papier, drehen den Kopf ihres Ehrenkleides an und empfangen „Gäste“. Sie setzen sich in das Theater hinein, reiten auf ihrer Phantastie in die Heimat, greifen sich den Schnapsbalken in der Ecke — an nichts ist Heberstuf, außer an Schnaps — und laufen, laufen! Saufen helfen Num, weil kalter Num in heißem Wasser eine zu schwache Mischung ergibt, wenn sie heiß bleiben soll. Die „Kapele“ tritt in Funktion.

Alle Gleichkammer, einige Löpfe, Säugzeug von Topfdeckeln. Heber einige Richter sind Ketschondrücke gespannt, das sind die Geigen. Die Trommelmöde wirbeln in den Gleichkammer, die Paukenschlägel auf die Köpfe, die Geigen quatschen, die Topf-

Die Ausbeuter-UEG und der Arbeitsrichter

Um Pfennige betriegen sie die Arbeiter — Ohne Lohnzahlung entlassen

Unglücke auf Unglücke erfolgen auch bei Nationalisierungsmaßnahmen und Massenentlassungen in den Werkstätten der profitgierigen UEG-Wirtschaft. Erst vorgestern explodierte ein Explosor mit 100 000 Volt Spannung im Werk Niederfahndelwalde und triebste fürchterliches Unheil an. Trotzdem denken die Herren nicht daran, die Massenentlassungen einzustellen.

Seitern stand der Arbeiter Bergmann vor dem Arbeitsrichter und klagte gegen die UEG. Pfennig für Pfennig. Er hat ein Urlaubsgeld von 30 Mark und einen Restlohn von 25 Mark zu beanspruchen.

Zu seiner Entlassung kam es folgendermaßen:

Bergmann hat wochenlang hinterher nicht seinen vollen künftigen Lohn erhalten. Da die UEG ihm nicht ohne weiteres künftigen konnte, versuchte sie ihn Woche durch diese Art zu prozessieren. Alle Einmüde seinerseits und des Betriebes haben nichts vermocht. Auch am letzten Werktag fehlte in seiner Lohnkarte das verdiente Geld dreier Stunden.

Darauf verlangte er energisch sein erarbeitetes Geld. Höflich antwortete man ihm, daß er die drei Stunden nicht bezahlt

habe, da er in der Zeit eine Maschine gepußt habe. Und Maschinenpußen würde nicht bezahlt. Da verlangte Bergmann seine Papiere und verließ die Fabrik.

„Warum haben Sie denn die drei Stunden nicht bezahlt?“ fragt jetzt der Richter den Vertreter der UEG, „er mußte die Maschinen doch während der Arbeitszeit.“

„Ist ganz egal“, erwidert dieser. „Für Maschinenpußen gibt es kein Geld.“

Der Richter muß ihn erst auf den Tarif aufmerksam machen und gleichzeitig bemerken, daß die Kündigung Bergmanns berechtigt war, da er kein Geld nicht erhalten hatte. Weiden 30 Mark Urlaubsgeld und 25 Mark Restlohn übrig, die Bergmann erhalten muß.

„Wollen Sie das Geld bezahlen?“

„Um Gottes Willen“, höhnt der UEG-Vertreter, „3 Mark werde ich ihm geben, nicht mehr.“

Der Richter denkt nicht daran, ihn zu verurteilen. Er verurteilt einfach die Sache auf unbestimmte Zeit. Warum?

Weil das Gewinnen der Herren dieses kleinen Prozesses eine „Prinzipienfrage“ für die UEG ist.

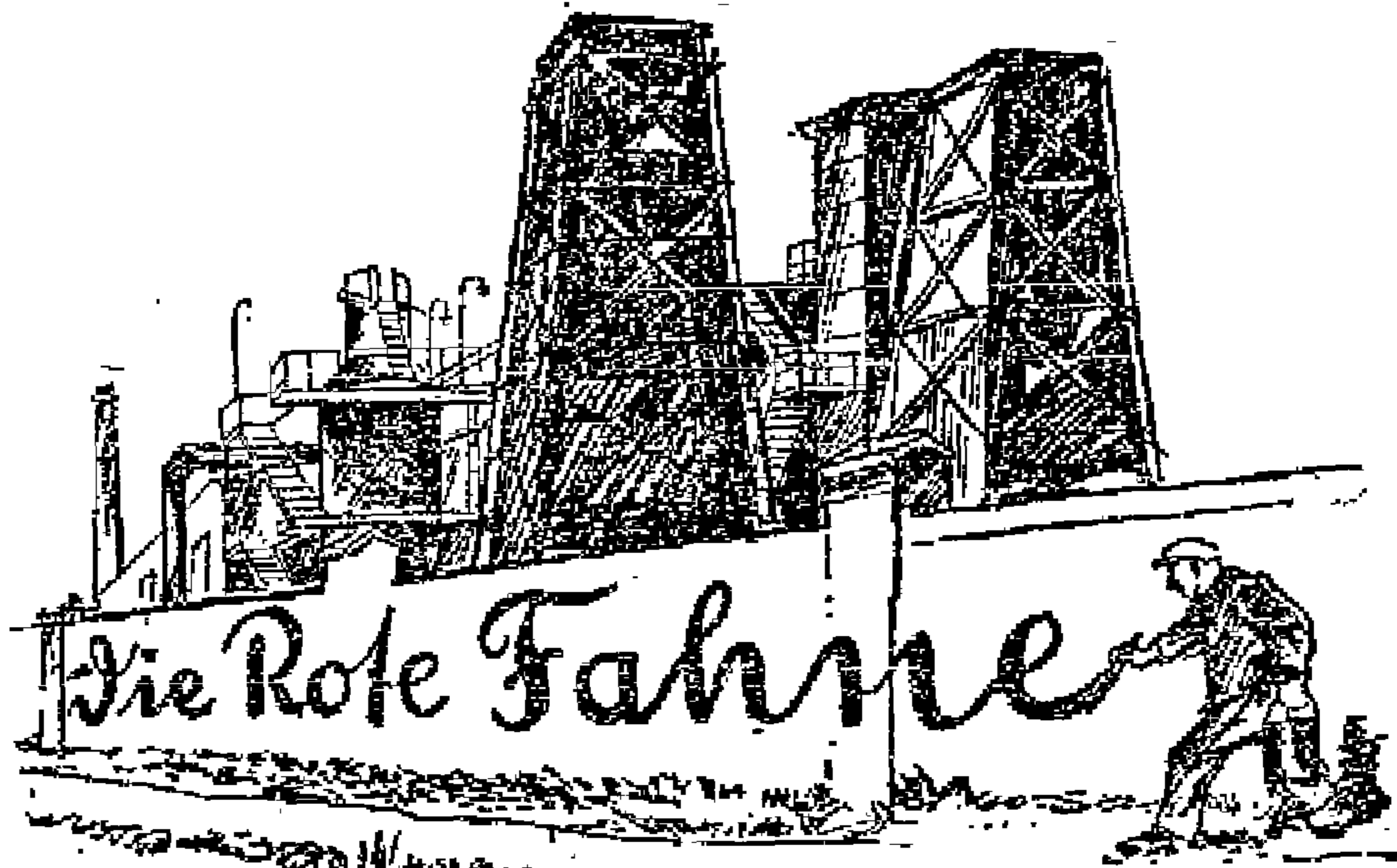
Nutzt die Gelegenheiten

„Do Albat, da kam sa unse Mauer ganz schön bestrichen, wat? Det is wenichstens zu sehen.“

„Haste wat daleien, Maxe? Für de „Rote Fahne“ muß jeder Platz ausgenutzt werden. Ullstein kann sich een Nibel mieten, na Arbeitzeitung hat davor keen Geld.“

„Ob ik wat dajelen habe, du Knaklüt? Heute abend jeha wa wieda los. Da wird aba feste jehinselt. „Lest die „Rote Fahne“! Jedem Proleten muß det in de Oogen springen.“

„Knoork Maax, bei uns wer ik det ooch organiserem.“



80 Jahre alt wird heute

Unser Genosse Hermann Drilling, Rankstraße 24, auf dem roten Wedding. Trotz seines hohen Alters und seiner körperlichen Schwäche kämpft er, arbeitet er in den vordersten Reihen der revolutionären Partei. Auch am 1. Mai ließ er es sich nicht nehmen, mitzumarschieren. Zu seinem heutigen 80. Geburtstag rufen wir, besonders die Genossen der Straßengasse 313, ihm ein kräftiges „Rot Front!“ zu und hoffen, daß er den Sieg der revolutionären Bewegung, für die er so lange tätig war, noch miterlebt.

Mit 26 Jahren gründete Genosse Drilling in Nordham den Lagerarbeiterverband. Durch seine aktive Arbeit mußte die zuerst keine Organisation zu der Rotfronten Zahl von 400 Mitgliedern an. Bis zum Kriegsausbruch war er Mitglied des Verbandes und des sozialdemokratischen Wahlvereins. Angeheft von dem jährlichen Verrat der Sozialdemokraten trat er bei Kriegsausbruch aus dieser verräterischen Partei aus. Ohne Mitgliedschaft einer anderen Organisation zu sein, arbeitete er trotzdem für die Kommunistische Partei, bis er dann den Weg vollkommen zu ihr fand und Mitglied wurde.

Anderthalb Stunde im Regen

In der Ausgabestelle der Erwerbslosenhilfe des Bezirksamts Franzlauer Berg in der Diefsterwegstraße herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Wartendräume existieren nicht. An den Regentagen müssen die Erwerbslosen etwa 1 bis 1 1/2 Stunde auf dem Hof auf ihre paar Pfennige warten. Verantwortlich für diese Verhältnisse sind die beiden Sozialdemokraten Dezentrat Stadtrat Rosenmann und Bürgermeister Ditzmann.

Opfer der Sparmaßnahmen

Die Sparmaßnahmen in der Erwerbslosenhilfe des Bezirksamts Franzlauer Berg in der Diefsterwegstraße herrschen Zustände, die jeder Beschreibung spotten. Wartendräume existieren nicht. An den Regentagen müssen die Erwerbslosen etwa 1 bis 1 1/2 Stunde auf dem Hof auf ihre paar Pfennige warten. Verantwortlich für diese Verhältnisse sind die beiden Sozialdemokraten Dezentrat Stadtrat Rosenmann und Bürgermeister Ditzmann.

Wetterausichten für Berlin

Zunächst trocken und ziemlich heiter, später erneut Herdungszunahme mit etwas Regen. Temperaturen höher als gestern.

bedel fallen kräftig ein. Auf einer Tonne wird noch getrommelt. Einet sucht den andern zu überschreiten:

Wenn das so weitergeht im nächsten Jahr, jam wir's Deliktum, Hallelujah!

Manchmal bringt einer auch seine „Braut“ mit nach Hause. Immer omanieren ist zu einbüßig. Und immer noch einen Becher heißen Num.

Ich sehe am Ofen, schaue in die Glut, Winde auf Winde: der Wahnwitz geht aus den verzerrten, Indischen, vertrottelten Gesichtern. Das Gehirn droht zu plagen. Ich greife nach einem Becher und trinke, trinke, trinke, bis zur Bewußtlosigkeit.

Der Becher hängt in die Nacht. Was schnarzt da so jatsch-har? Sie finden mich im Zementstücken auf den Säulen, völlig bewußtlos, bei zehn Grad Kälte.

Stellungswechsel!

Die Batterie packt, geht fort, kein Mensch weiß, wohin. Im Westen verschlingen die Granaten täglich Behtlaufende — keiner sagte nein, fragte man ihn, ob er hier fort und dorthin wolle. Sie gehen auch hier zugrunde, nur langsamer, noch qualvoller.

Wider wir ziehen nur ein wenig nach rechts oder links; heute wieder nach rechts. Die Infanterie hat schon Wochen verdum gestüllet. Minenwerfer sind in Stellung gegangen. Die alte Stellung soll wieder genommen werden.

Wir fahren in der Nacht durch einen sandigen Hohlweg, dann durch ein Dorf, dessen Häuser als andeten Wärdern zusammengeholt und wieder auseinander worden. Stater dem Dorf halt uns eine Allee alter Laubbäume. Die Batterie soll dann rechts über die Sanddünen aufziehen, vor der ein großer Teil liegt. Unter dem Schatz der allen Wärdern machen wir halt, die Munitionskolonne hält im Hohlweg.

Zweihundert Meter in der Sanddünen ist die Stellung für uns aufgeworfen, vor einer sich weißig hinziehenden Anhöhe. Dahinter erhebt sich eine etwas höhere Hügelkette, aus der es wie Steinbrüche herausleuchtet. Die Russen drücken hier dauernd auf die deutsche Infanteriestellung. Der erste Graben ist schon geräumt, er lag vor der Hügelkette. Ein weiterer erfolgreicher Durchbruch durch die Reihenstellung macht das Dorf mit seinem Prokulantamt, Verbandsplatz und der Kranzengammel-

stelle zum direkten Ziel der russischen Maschinengewehre. Die Hügelkette muß wieder frei von Russen sein.

Wir sollen noch in der Dunkelheit aufziehen, und um 1.30 Uhr feuerbereit sein. Ueber uns liegt ein klarer Himmel, über dem kleinen See eine Glühlicht, die schon trägt. Woan steht schon gleich nach Mitternacht das Gewehr- und Maschinengewehrsfeuer auf, das zwischen die dröhnenden Einschläge der Wärdern. Das Kongert der einziehenden Artillerie läuft von links und rechts her zusammen. Russische Granaten und Schrapnells losen sich von links an dem See heranz, kommen näher; ein Granate explodiert auf dem Eis und wirft eine riesigen Feuerkugel hoch, die klatschend auf das Eis zerfällt.

Die Batterie sitzt auf, fährt im Trab auf die Sanddünen, — kriecht durch die dünne Decke, die Räder sinken ein, die Last zwingt die Pferde zum Schritt. Sie kriechen schraubend, immer tiefer versinken die Kanonen. Die Steigung macht sich bemerkbar, das erste Geschütz ist schon fest, hundert Meter vor der Stellung. Munitionskolonne jillegen in den Schnee.

Alle schaukeln frei, die Pferde ziehen von neuem an. Ein Gaul wiehert laut in den dämmernden Wärdern. Vor uns, hundert Meter vor der ausgeworfenen Stellung, heulen zwei Eisgeschläge auf. Steinbroden poltern zu Fuß, Regen gefrorener Erde springen aus dem Wald und werfen sich hart vor uns hin. Der lähmten singende Ton der Brisanzgranaten klickt wachsend an unseren Ohren vorüber, über den Wärdern, als schon der Abschub der zweiten Salve aufzuckt. „Wai wai swaice — Kram!!! — Su Gamm!“

„In die Spelchen!“

Im zweiten Geschütz schlägt ein Mittelgeschütz mnanagefetzt hintenaus, steigt dann voran hoch, springt trotz aller Siebe über die Stränge, will zurück, fällt um und schlägt im Liegen um sich. Man schneidet es aus den Strängen; es springt überleand durch und beißt dem Fahrer, der es halten will, den Oberarm und. Dann stürzt es dann, überfährt sich, springt wieder auf, kommt bis zum Weg am Walder, überfährt sich etamal. Dann kommt es nur noch mit Kopf und Vorderbeinen hoch, scheint sich während auf herabhängende Stränge zu twien oder auf das Sattelzeug, das ihm unter dem Leib zu hängen scheint. Gibt dann seine Kraftersungen auf und fällt schwer auf die Erde.

(Fortsetzung folgt)

Neuköllner Sportler demonstrieren

Arbeiter demonstrieren gegen den Entzug von Schwimmhallen!

Montag, den 12. Mai, 18.30 Uhr, große Protestkundgebung gegen die Ausschmänhnahmen des Bezirksamts Neukölln gegen den Schwimmverein „Vorwärts“ vor dem Stadbad in der Ganzhofstraße. Die Arbeiterportier fordern alle Wertfähigen auf, an der Kundgebung teilzunehmen.

Verbotshebe gegen das Reichstreffen der oppositionellen Sportler

Die „Leipziger Neueste Nachrichten“, die bis heute mit Erfolg Fleißners Klub am Reichsjugendtreffen des RSD, erzwungen haben, sind erneut dabei, die Polizei gegen revolutionäre Sportler anzusetzen.

Wir lesen:

Die der kommunistischen Bewegung angehörenden Arbeiterportiervereine bezelten für die Pfingsttage ein großes Reichstreffen der Arbeiterportierjugend vor. Es soll in Eisenach stattfinden, und für die Unterbringung der erwarteten 5000 Kommunisten ist die Freigabe der Turnhallen und Schulen beantragt worden. Eine Stellungnahme der Stadtverwaltung hierzu liegt noch nicht vor. Der besonders in den Pfingsttagen starke Besuch der Wartburg läßt an sich eine Steigerung des Verkehrs in dem angebotenen Umfange kaum zu. Um so mehr wäre eine Absicherung des kommunistischen Besuchs durch die Stadt erwünscht, da das zu erwartende prosozietende Treiben der kommunistischen Arbeiterportier offensichtlich auf eine Störung des Fremdenverkehrs ausgeht.

Diese Hebe zeigt, wie sehr die Bourgeoisie die Aufwärtsentwicklung der oppositionellen Sportbewegung fürchtet. Unsere Genossen werden nun erst recht mit verstärkter Aktivität für das Reichstreffen in Erfurt agitieren. Alle Kräfte mobilisiert! Auch der letzte Sportler zu Pfingsten nach Erfurt. Delegiert Reichsdelegationen! Jeder Sympathisierende trägt die Plakette der toten Sportler.

Anturnen der Freien Turnerschaft Charlottenburg

Die Freie Turnerschaft Charlottenburg veranstaltet ihr diesjähriges Anturnen am Sonntag, dem 11. Mai, um 13 Uhr auf dem Sportplatz Westend. Unter Patronat der Vereins-Schulmeisterin, welche den ganzen Nachmittag auf der Tribüne den Zuschauern ihr Können beweisen wird, vollzieht sich um 12.30 Uhr der Einmarsch sämtlicher Teilnehmer. Gymnastik, Mehrkämpfe der Männer, Frauen und Jugend und turnerische Vorführungen werden besorgen, daß der Sport im Verein vorwärtsgehritten ist. Die Kinder werden mit Spielen und Staffetten aufwartet. Die Tennisabteilung wird auf ihrem eigenen Platz ein Turnier austragen. Von großem Interesse werden die Spiele der Handballe, Fußballe und Hockeyabteilungen sein. Alle Spielabteilungen haben sich starke Gegner bestellt, die den Zuschauern statt Spiele vorführen werden. Alles in allem ist am Sonntag in Charlottenburg guter Sport.

Sportkalender

Beste Kugel-Wurf, Am Montag, den 12. Mai, 10 Uhr, findet im Bereich des Sports, Gruppe Reichshagen, ein Meeting statt. Teilnehmer sind: 1. Kugel-Wurf, 2. Speer-Wurf, 3. Diskus-Wurf, 4. Hammer-Wurf, 5. Weiche, 6. 100 Meter, 7. 200 Meter, 8. 400 Meter, 9. 800 Meter, 10. 1600 Meter, 11. 3200 Meter, 12. 6400 Meter, 13. 12800 Meter, 14. 25600 Meter, 15. 51200 Meter, 16. 102400 Meter, 17. 204800 Meter, 18. 409600 Meter, 19. 819200 Meter, 20. 1638400 Meter, 21. 3276800 Meter, 22. 6553600 Meter, 23. 13107200 Meter, 24. 26214400 Meter, 25. 52428800 Meter, 26. 104857600 Meter, 27. 209715200 Meter, 28. 419430400 Meter, 29. 838860800 Meter, 30. 1677721600 Meter, 31. 3355443200 Meter, 32. 6710886400 Meter, 33. 13421772800 Meter, 34. 26843545600 Meter, 35. 53687091200 Meter, 36. 107374182400 Meter, 37. 214748364800 Meter, 38. 429496729600 Meter, 39. 858993459200 Meter, 40. 1717986918400 Meter, 41. 3435973836800 Meter, 42. 6871947673600 Meter, 43. 13743895347200 Meter, 44. 27487790694400 Meter, 45. 54975581388800 Meter, 46. 109951162777600 Meter, 47. 219902325555200 Meter, 48. 439804651110400 Meter, 49. 879609302220800 Meter, 50. 1759218604441600 Meter, 51. 3518437208883200 Meter, 52. 7036874417766400 Meter, 53. 14073748835532800 Meter, 54. 28147497671065600 Meter, 55. 56294995342131200 Meter, 56. 112589990684262400 Meter, 57. 225179981368524800 Meter, 58. 450359962737049600 Meter, 59. 900719925474099200 Meter, 60. 1801439850948198400 Meter, 61. 3602879701896396800 Meter, 62. 7205759403792793600 Meter, 63. 14411518807585587200 Meter, 64. 28823037615171174400 Meter, 65. 57646075230342348800 Meter, 66. 115292150460684697600 Meter, 67. 230584300921369395200 Meter, 68. 461168601842738790400 Meter, 69. 922337203685477580800 Meter, 70. 1844674407370955161600 Meter, 71. 3689348814741910323200 Meter, 72. 7378697629483820646400 Meter, 73. 14757395258967641292800 Meter, 74. 29514790517935282585600 Meter, 75. 59029581035870565171200 Meter, 76. 118059162071741130342400 Meter, 77. 236118324143482260684800 Meter, 78. 472236648286964521369600 Meter, 79. 944473296573929042739200 Meter, 80. 1888946593147858085478400 Meter, 81. 3777893186295716170956800 Meter, 82. 7555786372591432341913600 Meter, 83. 15111572745182864683827200 Meter, 84. 30223145490365729367654400 Meter, 85. 60446290980731458735308800 Meter, 86. 120892581961462917470617600 Meter, 87. 241785163922925834941235200 Meter, 88. 483570327845851669882470400 Meter, 89. 967140655691703339764940800 Meter, 90. 1934281311383406679529881600 Meter, 91. 3868562622766813359059763200 Meter, 92. 7737125245533626718119526400 Meter, 93. 15474250491067253436239052800 Meter, 94. 30948500982134506872478105600 Meter, 95. 61897001964269013744956211200 Meter, 96. 123794003928538027489912422400 Meter, 97. 247588007857076054979824844800 Meter, 98. 495176015714152109959649689600 Meter, 99. 990352031428304219919299379200 Meter, 100. 1980704062856608439838598758400 Meter.

Handballvorschau Plauen in Berlin

Eine der spielfähigsten Mannschaften des Reiches, W. Eisig-Plauen, weiß am Samstag und Sonntag in Berlin, um die jüngsten Niederspiele auszutragen. Am Samstag werden die mitteldeutschen Vertreter um 18.30 Uhr gegen Neukölln auf dem Vereinsplatz am Dammweg spielen. Neukölln mußte beim ersten Spiel in Plauen eine 1:6-Niederlage hinnehmen. Allerdings mußten sie die Reihe mit Erfolg antreten, und es ist wahrscheinlich, daß sie mit kompletter Mannschaft versuchen werden, die erlittene Schlappe wieder auszuweken.

Nach den Vorrundenspielen auf dem Sportplatz in der Kasterstraße wird Sparta am Sonntag um 15 Uhr gegen Plauen antreten. Sparta mußte bei dem Besuch in Plauen ebenfalls

eine Niederlage einstecken. Mit 8:1 konnte Eisig-Plauen die Sparta gegen sich aufheben. Aber auch Sparta wird bemüht sein, sich für diese verhältnismäßig hohe Niederlage zu rehabilitieren.

Der Kreismeisterkampf entgegengesetzt

Am kommenden Sonntag werden die in der letzten Serie festgestellten Gruppenmeister um die weitere Teilnahmeberechtigung zur Kreismeisterkampftour kämpfen. Auf dem Sportplatz in der Kasterstraße (Eing. Bödderstraße), beginnen diese interessanten Vorrundenspiele bereits um 9 Uhr. Zuerst die B-Jugend, der bisherige Kreismeister der Jugend, trifft auf Sparta und hat hier gute Aussichten, in die Finalrunde zu kommen. Um 10.15 Uhr spielen die halben Jugendmannschaften von Eisig-Plauen und Neukölln gegeneinander. Auch hier sollte die Eisigmannschaft voraussichtlich Sieger bleiben. Um 11.20 Uhr beginnt das 1. Frauenpiel.

Spandau hat die Teilnahmeberechtigung nur dem eisig-plauner Los zu verdanken, denn sie erreichten gegen Neukölln, mit denen sie punktgleich standen, in beiden Entscheidungsspielen um die Gruppenmeisterschaft nur ein Unentschieden. Der bisherige Kreismeister, Eisig-Plauen, hat daher die besten Aussichten, ohne allzu große Anstrengung in die Finalrunde zu kommen. In dem darauffolgenden Spiel, Eisig-Plauen gegen Eisig-Plauen, welches um 12.15 Uhr beginnt, wird sich Eisig-Plauen nicht freuen müssen, um gegen die gute Mannschaft der 3. Abteilung zu gewinnen. Als Aufschlag werden die Männermannschaften Köpenick und Panitzsch, welche beide punktgleich in der 3. Gruppe der 2. Klasse geführt sind, darum streiten, wer als Gegner der Gruppe sich an den weiteren Entscheidungsspielen beteiligen darf und in die 1. Klasse aufsteigt.

Proteste gegen die Verhaftung der toten Arbeiterschwimmer

Die Gruppen von Schwimmverein Vorwärts Gruppe Kreuzberg, Eisig 56 und 60 rufen zum Samstag, dem 10. Mai, zur Demonstration mit anschließendem Anbaden im Berliner Bad in der Köpenicker Straße auf. Durch den Entzug eines Badesabends des Schwimmvereins Vorwärts erhält dieser Aufmarsch besondere Bedeutung. Die Arbeiterchaft des Bezirks Kreuzberg wird aufgerufen, recht zahlreich zu erscheinen. Am Samstag, den 10. Mai, um 18 Uhr, wird der Aufmarsch am Potsdamer Platz 18 (6 Uhr) mit Musik. Zum Anbaden wird kein Eintrittsgeld erhoben.



Was sagt der Bär?

Unsere Zeit erkannte den Wert der sportlichen Betätigung und die Bedeutung völkerverbindender Wettkämpfe. Höchstleistungen reifen, wo immer sie gezeigt werden, die Massen mit, und deshalb bekennen sich auch Tausende zur

Josefetti Juno

Berlins meistgerauchter 48 Cigarette

Provokatorisches Lohnabbau-Diktat im Steinrudgewerbe

Reißes Streifen der reformistischen Verbandsbürokratie

Das im „Schutzverband deutscher Offsets- und Steinrudruckerbesitzer“ organisierte Unternehmertum hat den Tarifvertrag für das Lithographie-, Offset-, Steinrud- und Rotenstiftgewerbe gekündigt. Im Rahmen der längst in der deutschen Unternehmertumspresse angekündigten allgemeinen Lohnabbauoffensive, mit dem Ziel eines generellen, direkten Abbaues der Nominallöhne um 10 Prozent, soll hier in einem verhältnismäßig kleinen Gewerbe, in dem aber die Arbeiterchaft hundertprozentig freigewerkschaftlich organisiert ist, die erste Durchbruchschlacht geschlagen werden. Das Unternehmertum will sozusagen die Probe aufs Exempel machen, um festzustellen, wie stark der Widerstand bei der gewerkschaftlich bestorganisierten Gruppe der Arbeiterchaft ist.

Dementsprechend haben die Unternehmer 12 Forderungen zu den dieser Tage stattfindenden Tarifverhandlungen gestellt, die mit brutaler Offenheit zum Kampf herausfordern. Sie fordern einen Abbau der Mindestlöhne für Ausgelernte, im ersten Geschäftsjahr um 10 Prozent und einen Lohnabbau um den gleichen Prozentsatz für die Leistungslöhne aller Gehälter. Darüber hinaus wird noch verlangt, eine niedrigere Entlohnung von 61 Orten im Ortsklassenverzeichnis, Aufhebung aller tariflichen Beschränkungen für die Leistung von Heberarbeiten trotz ungeheurer Arbeitslosigkeit, Verminderung der Ferientage u. a. m.

Diese unverkämpfte Provokation des in den graphischen Betrieben investierten Kapitals ist die Umleitung auf die feigen Kapitulationen der reformistischen Bürokratie im Verband des Lithographen und Steinrudrucker und verwandter Berufe bei den diversen Tarifabschlüssen in den letzten Jahren; nicht zuletzt auch auf den schändlichen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie des Verbandsvorsitzenden Johannes Hag im Verband der Buchdrucker, die kürzlich beim Abschluß des Manteltarifs für das Buchdruckgewerbe alle Forderungen der Arbeiter preisgaben. Die Hag u. Co. vom Verband der Lithographen haben vor anderthalb Jahren „in Anbetracht der Wirtschaftslage“ den

alten Tarif für die Chemigraphen ohne jede Neuverbarung gleich auf zwei Jahre neu abgeschlossen

und dazu noch den Organisationszwang geschickt, durch den der Schutzverband für das Chemigraphengewerbe so gestärkt wurde, daß die Preisunterstützung der Unternehmer mit Erfolg durchgeführt werden konnte. Sie haben im vorigen Jahre beim Neuabschluß des Tarifs für das Lithographie- und Steinrudgewerbe — obwohl das Verhandlungsergebnis keinerlei Verbesserung, dagegen aber die Überführung des Verbandsarbeitsnachweises auf die öffentlichen Arbeitsämter brachte — mit allen Mitteln und Kniffen den so verächtlichsten Tarif der Kollegenchaft aufgedrungen, die ihr mit Mehrheit ablehnte und um Verbesserungen kämpfen wollte.

Diese Schandstreiche wurden stets durchgeführt mit dem Hinweis auf die „schlechte Lage im Gewerbe“, die einen erfolgreichen Kampf nicht verbürge, in Wirklichkeit, weil damals, in einer Zeit, wo relativ wenig Arbeitslose im Gewerbe vorhanden waren, die Parteigenossen des Verbandsvorsitzenden und Stadtnetvorstandsvorsitzers Hag in der Müller-Hilferding-Wiffels-Regierung die Anweisung an die reformistischen Gewerkschaftsbürokratie gegeben hatte, daß der Wirtschaftskrise um keinen Preis durch Arbeitskämpfe gelöst werden dürfe.

Somit ist die Krise mit aller Macht herbeigeführt. Auch im Lithographenverband sind

im Laufe des letzten Jahres 25 Prozent aller Kollegen längere Zeit einmahl arbeitslos geworden.

Die Krise im Gewerbe verschärft sich fortgesetzt. Und da bei der großen Arbeitslosigkeit die im Verband Ausgesteuerten keine Aussicht haben, ohne Lohnabbau zu werden, wieder im Beruf unterzukommen, mußte die Verbandsbürokratie einen wöchentlichen Gehaltbeitrag ausheben, um ihnen für weitere 28 Wochen eine Ausgesteuertenunterstützung von 5 Mark wöchentlich zu zahlen. In dieser Situation — sicher, daß die sozialdemokratische Verbandsbürokratie jede Kampferregung der Kollegenchaft von vornherein abwürgen wird — stellt das Unternehmertum des Steinrudgewerbes sein provokatorisches Lohnabbau-Diktat.

Nach dem „Vorwärts“ vom Mittwoch haben die Hag u. Co. dem Unternehmertum völlig ungenügende Gegenforderungen zu den Verhandlungen gegenübergestellt. Sie fordern eine Gesamtsetzung des Ausgelerntenlohnes auf 45 Mark, also

keine generelle Lohnerhöhung

für die große Masse der Gehälter, trotz unerbittlicher Wertminderung der gesamten Lebenshaltung infolge des Steuer- und Zollwuchers. Sie fordern rein formal zwar den Siebenstundentag, Einführungsperiode für Leistungs-, Beschränkung der Heberstunden auf 60 im Jahre (1), aber selbstverständlich deakt die reformistische Bürokratie nicht im entferntesten daran, für diese kümmerlichen Forderungen zu kämpfen. Demagogisch heißt es nur in dem Exposé der Hag und Konsorten, daß es fraglich erscheint, ob es überhaupt zu einem positiven Verhandlungsergebnis komme. Die hundertprozentig organisierte Kollegenchaft werde auf jeden Fall „auch dem geringsten Abbau der bisherigen Tarifpositionen ihre Zustimmung verweigern“. Dann wird an den Appell des Verbandsvorstandes erinnert, strenge Disziplin zu halten, der mit folgenden Phrasen schließt:

„Bereit geht der Kampf im Verhandlungsstadium. Da steht die Kampfgruppe mit Gewehr bei Fuß und hält eisernen Disziplin. Aber auf eigene Faust frühzeitig loszugehen, führt bei das Ganze. Das gibt es nicht! Erst nach Entscheidung des Rates über die Verhandlungsangelegenheiten, was zu tun ist. Was dahin heißt es trotz evtl. abgelehnter Haltung der Unternehmer: Ruhe gehalten!“

Nach bewährter Methode soll also jede Kampferregung in der Kollegenchaft von vornherein niedergeschlagen, die Arbeiter vor die vollendete Tatsache ungeheurer Verschlechterungen gestellt werden, über die dann letzten Endes nicht die Kollegenchaft, sondern die Verbandsburekratie-Gallertine entscheiden.

Auf der gewerkschaftlich gut gekulten Kollegenchaft des Lithographen- und Steinrudruckerverbandes ruht in dieser Situation eine gewaltige Verantwortung. Der brutale Angriff des Unternehmertums auf ihre Lebensgrundlage trifft nicht sie allein. Der Vorstoß, den die Profitgötzen des Steinrudgewerbes auf ihre Löhne unternehmen, ist ein

entwaffnendes Dreckkampfgesetz,

das, wenn es nicht mit revolutionärem Mut abgelehnt wird, die große, allgemeine Lohnabbauoffensive des kapitalistischen Unternehmertums zur Entfaltung bringt und die Kampffront des Lohnproletariats auflöst. Die Kollegenchaft des Stein-

Textilarbeiter streiken gegen Lohnabbau

Chemnitz, 9. Mai (Eig. Bericht). Im Textilbetrieb Stache in Mittweida sind mehrere Abteilungen mit insgesamt 80 Arbeitern in den Streik getreten, nachdem die Betriebsleitung einen Lohnabbau bis zu 50 Prozent angekündigt hatte. Die Firma hat darauf den übrigen Teil der 200 Arbeiter zehrenden Belegschaft gelockt.

Die Belegschaft ist zerkleinert organisiert und hat durch ihr geschlossenes Vorgehen die Leitung des Textilarbeiterverbandes gezwungen, den Streik zu sanktionieren. Die Textilarbeiteropposition hat sämtliche Textilbetriebe aufgerufen, zu der Unternehmerprovokation sofort Stellung zu nehmen und Delegierte zu einer am 11. Mai stattfindenden Unterbegleitkonferenz des Textilarbeiterverbandes zu entsenden.

Straßenbauarbeiter im Streik

Halle, 9. Mai. Die Straßenbauarbeiter, die auf der Straße Chemnitz-Schlaiz tätig sind, sind nach einstimmigen Beschluß zerkleinert in den Streik getreten. Der Kampf richtet sich gegen die Heberkundschaft, die Arbeiter und rücksichtslose Unternehmermethoden des Unternehmers.

Kostfandsarbeiter verhindern Maßregelung ihres Bundelegierten durch Streik

Chemnitz, 9. Mai. Die an der Kappelbach-Regulierung in Chemnitz-Schönnau beschäftigten Kostfandsarbeiter erzielten durch geschlossene Arbeitsniederlegung die Rückgängigmachung der Maßregelung ihres Bundelegierten. Der Bundelegierte war entlassen worden, nachdem er sich für die Interessen der Belegschaft besonders intensiv eingesetzt hatte.

Die Belegschaft sollte die Arbeit leisten, lehnte das aber geschloffen ab, nur zwei Arbeiter, darunter ein SPD-Mitglied, erklärten sich zur Ausführung der Arbeit bereit. Nach der Maßregelung des Bundelegierten erklärte sich die übrige Belegschaft sofort als zerkleinert und setzte sofort die Arbeit nieder. Nach mehrstündigem Streik wurde durch das zerkleinerte Vorgehen der Belegschaft der geschlossene Bundelegierte wieder eingestellt.

Mit Polizei gegen DMB-Zweigstelle

Gewaltstreik der DMB-Bürokratie gegen die Opposition in M.-Gladbach

Düsseldorf, 8. Mai. (Eig. Bericht). Die Bürokraten des Deutschen Metallarbeiterverbandes verübten in M.-Gladbach einen gewaltigen sozialdemokratischen Gewaltstreik gegen die Mitglieder des DMB, und gegen die von den Metallarbeitern gewählten Funktionäre. Nachdem bereits in der vergangenen Woche der Bezirksleiter Schmitt auf dem DMB-Büro erschienen war und von dem Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, dem Genossen Busse, und den oppositionellen Mitgliedern der Ortsverwaltung die Unterschrift unter einen Keuersverlangen, mit dem diese Genossen ihre Partei und ihre politischen Auffassungen preisgeben sollten, erschien er nunmehr mit dem Knechtgen Dittus in Begleitung von Polizeibeamten, um die gewählten Funktionäre, den Geschäftsführer Busse und die Ortsverwaltung ihrer Funktion zu entziehen und aus dem Verbandsbüro zu entfernen.

Die oppositionelle Ortsverwaltung des DMB in M.-Gladbach hatte in einer Sitzung, die vor dem 1. Mai stattfand, beschlossen, in einem Aufruf die Metallarbeiterchaft zur Durchführung des Lohnstreiks am 1. Mai und zum Kampf gegen den Lohnraub, für den Streikabendtag aufzufordern. Der Knechtgen Hermann Otten, der jetzt von der DMB-Bürokratie als Kommissar der Verwaltungsstelle eingesetzt wurde, schlug sich dabei auf die Seite der Verbandsbürokratie, um die Mobilisierung

der Arbeiterchaft für die Lösungen der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu verhindern.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung stützten die Metallarbeiter den Aufruf der Ortsverwaltung, und auch eine Delegiertenversammlung des Verbandes stellte sich hinter die vom Vorstand der Mitgliederversammlung getragenen Funktionen der Organisation. Der DMB-Bezirksleiter Schmitt verlangte darauf auf Anweisung des Hauptvorstandes, daß die Mitglieder der Ortsverwaltung durch Unterschreibung einer Erklärung ihre politische Überzeugung verweigern und den Aufruf zum 1. Mai widerrufen sollten.

Die aus der kommunistischen Partei ausgeschlossenen Knechtgen Dittus und Schmitt haben diese Erklärung unterschrieben und sich damit mit der arbeitervindlichen Verbandsbürokratie solidarisiert. Die Delegiertenversammlung der Ortsverwaltung beschloß darauf, daß der als Kassierer angestellte Knechtgen Dittus sofort gekündigt und ihm das Betreten des Verbandsbüros verboten wird. Dem Genossen Busse wurde dagegen das volle Vertrauen der Mitgliederschaft ausgesprochen. Diesen einseitigen Ausdruck des Willens der Mitgliederschaft nahm die Verbandsbürokratie zum Anlaß, einen Versuch zur Spaltung des Verbandes zu unternehmen. Mit Polizeigewalt wurde der oppositionelle Geschäftsführer aus den Büroräumen entfernt, um dort die Diktatur der Knechtgen und Reformisten und die Kommunistenwirtschaft gegen die Mitglieder zu errichten.

Kohlenarbeiter wehrt den Angriff ab! Gegen Unternehmer und Gewerkschaftsbürokraten

Am Montag, dem 12. Mai, findet die Generalversammlung der Branche der Kohlenarbeiter und Kassierer vom Gesamtverband statt. Die zu der Vorbereitung der Versammlung sind wir bereits berichtet, hat die Lohnkommission der Branche den Lohnabbaugeklüften der Unternehmer schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und hat die Forderung der Branchenvollversammlung nach Lohnerrhöhung mit allem Nachdruck vertreten. Dafür ist gegen den Kollegen Handlke sowie andere oppositionelle Kollegen ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden.

Die Gewerkschaftsbürokraten haben sich nicht scheut, hinter dem Rücken der Kollegen und hinter dem Rücken der Lohnkommission mit den Unternehmern zu händeln. Deswegen liegt es jetzt an den Kohlenarbeitern, die Intrigen der Kellingner und Dilge zu durchkreuzen und sich geschlossen hinter die Verhandlungskommission zu stellen. Nur die von den Kohlenarbeitern gewählte Lohnkommission hat das Recht, einen Tarifvertrag abzuschließen. Alle Abmachungen, die von den Kellingner und Dilge getroffen wurden, dürfen von den Kohlenarbeitern nicht anerkannt werden, selbst wenn sie verbindlich erklärt werden sollten.

Die Ausschlußmaßnahme muß beschließen, die einzelnen Betriebe aufzufahren, sich kollektiv der revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) anzuschließen und die sofortige Rückgängigmachung der eingeleiteten Ausschlußverfahren fordern.

brüderverbandes hat deshalb der zum schändlichsten Verrat entlassenen reformistischen Verbandsbürokratie keinen Augenblick längerer Verzeihen. Sie muß selbständig, zusammen mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, den Kampf vorbereiten und organisieren und an die Solidarität der gesamten graphischen Arbeiterchaft, die Buchdrucker, Buchbinder und graphischen Hilfsarbeiter, appellieren!

Die Hag und Co. denken nicht daran, den aufs Schwerste bedrohten Lebensstandard der bedrohten Kollegenchaft durch ernstliche Verhandlungen zu verteidigen. Erst kürzlich hat Hag bereits am 14. April in einer Mitgliederversammlung im Berliner Gewerkschaftshaus, daß in Anbetracht der tiefsten Arbeitslosigkeit zwar der Siebenstundentag das Gegebene sei, um die Arbeitslosen in die Betriebe zu bringen, daß aber der Verband im Kampfe dahinfällt

nicht Spitzensätze

sein kann, nachdem der Buchdruckerverband entgegen dem im Dezember getroffenen Bestreben zwischen den vier graphischen Verbänden den alten Manteltarif wieder abgeschlossen hat. „Sammeln, geht du voran!“ — das ist also das Motto, unter dem die reformistischen Bürokraten bei vier Verbänden die Geschäfte der Ausbeuter besorgen. Und auch die Frage: „Sollen wir die Kollegen nach den Erfahrungen des Kampfes von 1911 in eine offene Feldschlacht gegen den Lohnabbau führen?“ beantwortete Hag würdlich damit: „Nein, das werden wir nicht tun, denn wir wissen hundertprozentig, daß ein Niederlage gewiß ist.“ Gemillenes und offenes Auges kapitulieren die Verbandsvorstande reformisten unter Preisgabe der elementarsten Lebensinteressen der hundertprozentig organisierten Kollegenchaft vor der Profitgier des Unternehmertums. Sie muß dem pro-

Die Parteilieger stehen zu ihren Forderungen

Die Parteilieger stehen bereits neben den Kollegen im Kampf. Nachdem sich schon vorher acht Firmen bereit erklärt haben, die Forderungen der Parteilieger anzuerkennen, haben nunmehr Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß stattgefunden, die jedoch ergebnislos abgebrochen werden mußten. Es ist lebhaft vorzunehmen, daß es nochmals direkte Verhandlungen mit Vertretern des Holzarbeiterverbandes und der Straßleitung geführt werden sollen. Die Parteilieger betonen am Mittwoch in einer Versammlung, daß sie nicht gewillt sind, an ihren Forderungen rütteln zu lassen.

Metallkonferenz Groß-Berlin

Morgen, Sonntag, dem 11. Mai, 9 1/2 Uhr vormittags, im Hauptstadts Park, Neue Friedrichstraße, Eingang Reichstraße, findet eine Konferenz aller in der Metallindustrie beschäftigten Vertrauensleute der revolutionären Gewerkschaftsopposition, roten Betriebsräte, roten Vertrauensleute, Erwerbslosenvereine der Facharbeiter der Metallindustrie, der oppositionellen Funktionäre des DMB, statt.

Auf der Tagesordnung steht: Der Manteltarif im DMB (Verband Berliner Metall-Industrieller) — Der Verbandsrat des DMB. — Die Aufgaben der RGO.

Alle oben genannten Kollegen und Genossen werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. RGO-Industriegruppe Metall.

atorisches Lohnabbau-Diktat der Unternehmer geschlossen die Kampfmaßnahmen der revolutionären Verbandsoption gegenüberstellen:

Siebenstundentag und wöchentliche Arbeitswoche bei vollem Lohnausgleich!

10 Mark Zuschlag auf alle Löhne zum Ausgleich der durch Zoll und Steuerzuschüsse verteuerten Lebenshaltung!

Verweigerung der bezahlten Ferienzeit auf 18 Arbeitstagen!

Wöchentliche Verweigerung jeglicher Stellung von Heberarbeit!

Das sind die minimalsten Forderungen, für die die Kollegenchaft in jedem einzelnen Betrieb zusammen mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, unabhängig von der reformistischen Bürokratie, unverzüglich den Kampf vorbereiten und organisieren muß. Nicht möglich, mit „Gewehr bei Fuß“, gibt es im hiesigen Vertrauen auf die reformistischen, Niederlagenstrategen abzuwarten, bis der Verrat besiegt ist, sondern die hundertprozentig organisierte Kollegenchaft zum aktiven, selbständigen Kampf zu mobilisieren durch Wahl revolutionärer Vertrauensleute, durch eigene Kampfabteilungen für jeden Betrieb, durch Gewinnung der übrigen graphischen Arbeiterchaft zu wirkungsvollen Solidaritätsaktionen.

Es gilt für die Kollegenchaft des Verbandes der Lithographen und Steinrudrucker, die in neugierigen Kämpfen und durch ihre geschlossene Organisationskraft bewiesen hat, daß sie eine Elitegruppe der Proletariats ist, aufzutreten als aktive, revolutionäre Avantgarde der kämpferischen Arbeiterchaft gegen Lohnabbauoffensive und Unternehmertum!

Der Heldenkampf der indischen Arbeiter

Fabriken von demonstrierenden Arbeitern gestürmt — Neue Kämpfe in Scholapur — Bauern verweigern Zahlung der Pachtzinsen — Vierzig englische Bombenflugzeuge über Beichawar

Bombay, 9. Mai. In Talegaon, 30 Meilen von Puna entfernt, haben heute blutige Kämpfe stattgefunden. Die Eingeborenen besetzten eine Glasfabrik. In der Stadt haben sie die wichtigsten Positionen erobert. Die Polizei ist machtlos. Alle Europäer sind von den Behörden aufgefordert worden, die Stadt sofort zu verlassen.

Die Polizei hat außerdem Vorkehrungen für den Abtransport sämtlicher Missionare in diesem Gebiet getroffen.

Die Kämpfe in Scholapur dauern an. Die Stadt ist von Militär besetzt. Polizei auf Lastkraftwagen patrouilliert durch die Straßen, während Militärposten die wichtigsten Plätze mit Maschinengewehren besetzt halten. Demonstrationen und Ansammlungen von mehr als fünf Personen sind verboten. Trotzdem gehen die Zusammenstöße weiter. Bis jetzt werden amtlich 56 Tote und etwa 400 bis 500 Verletzte angegeben. Sechs Polizisten wurden von der erregten Menge niedergeschlagen. Ihre Leichen sollen mit Petroleum begossen und verbrannt worden sein.

Die europäischen Frauen und Kinder sind aus Scholapur evakuiert worden.

Die Berichte besagen, daß die Kämpfe in Scholapur von außerordentlicher Ausdehnung und die schwersten der letzten Zeit gewesen sind.

Über die Vorgänge in Scholapur wird noch ergänzend gemeldet, daß die Kämpfe gestern früh begannen. Gegen Mitternacht trat Ruhe ein. Heute vormittag kam es jedoch wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei in der Nähe der Stadt. Der Bezirksrichter wurde herbeigeholt und forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen. Sie weigerte sich, dies zu tun. Die Polizei

erhielt hierauf Befehl, das Feuer zu eröffnen, und es wurden, wie verlautet, 15 Personen getötet und mehrere verwundet. Um 2 Uhr wurde noch geschossen und die gesamte Lage war chaotisch. Zwei Polizisten wurden getötet, zwei Polizeikommissare eingewundet und andere in Brand gesteckt. Um 3 Uhr nachmittags wurde die Polizei allmählich von der Menschenmenge zurückgedrängt. Der Befehlshaber der Sistruppen in Indien hat um die Einstellung weiterer Massnahmen ersucht, da er

Ausicht ist, daß die eine Abteilung, um die er bereits gebeten hatte, nicht genügen wird.

Der Generalsekretär des Verbandes der indischen Nationalisten, Bopichand, ist wegen Ausweisung verhaftet worden. Wie aus Lahore gemeldet wird, wurden wiederum drei Führer der Kongresspartei zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt. Zwei der in Lahore angeklagten Kongressmitglieder erhielten je zwei und einer drei Jahre Gefängnis.

Indochina im Aufruhr

Blutige Kämpfe in Tonkin — Vier Aufstandsführer hingerichtet

Paris, 9. Mai. Nach amtlichen Meldungen dauern die blutigen Kämpfe in Indochina an. Die Franzosen machen erhebliche Angriffe auf die Stadt Bich. Auch zwei Distrikte nordwestlich dieser Stadt wurden von den Eingeborenen besetzt. Polizei und das französische Militär gehen mit aller Brutalität vor. Die amtlichen Nachrichten besagen, daß bisher vier Aufständische verlegt, zwanzig Franzosen getötet und zahlreiche verletzt wurden.

In Yen Bay wurden gestern vier der tapfersten Rebellen des Gebirgsaufstandes, deren Begnadigung der Präsident der Republik abgelehnt hatte, hingerichtet. Es handelte sich um

zwei indochinesische Bauern und zwei Sibirienunteroffiziere, die den Befreiungskampf der unterdrückten Kolonialvölker durch Organisation der Soldatenmeuterei unterstützt hatten.

Generalstreik in China

Hankow, 8. Mai. Die Associated Press aus Hankow berichtet, daß es zwischen den Truppen der Generäle Fengshihang und Yuanhsihien und Hanfing Regierungstruppen zu Kämpfen an der Eisenbahnlinie Kweichow (Honan)—Sichow (Kiangsu) gekommen. Die Nationalisten erlitten schwere Verluste.

Changkaichai ist am Donnerstag an die Front abgerückt, um die Offensiv gegen den Norden zu leiten. Er konnte jedoch nur bis Pengpu, 18 Meilen nordwestlich von Wufan entfernt, gelangen, da die Kämpfe bereits im Gange sind. An der Lungnai-Eisenbahn, westlich von Hanchow, sind auf beiden Seiten starke Truppenabteilungen eingesetzt worden.

Sender von ein hartnäckiger Imperialist

„Arbeiter“-Minister im Urteil der britischen Bourgeoisie

W.L. Gordon, 8. Mai. Bei der Abreise der ägyptischen Delegation veranstalteten ägyptische Studenten eine große Kundgebung auf dem Bahnhof, bei der eine Fagade mitgeführt wurde, die die Forderung trug: „Es lebe die Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans.“

Nach dem Abbruch der englisch-ägyptischen Verhandlungen beschuldigt die englische Presse den „Arbeiter“-Minister Sender von zu der Festigkeit und Hartnäckigkeit, mit der er die Forderung der britischen Bourgeoisie auf vollständige Beherrschung Ägyptens und des Sudans vertreten hat.

„Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel: Der „bedauerliche Fehlschlag“ der englisch-ägyptischen Konferenz ist nicht die Schuld der britischen Regierung. Sender von behandelt eine schwierige Lage mit Festigkeit und Geschicklichkeit. (1) Die Konservativen, die ihm ungerne entgegenstehen, werden jetzt zugeben, daß er das, was er als vitale Interessen ansieht, ebenso hartnäckig verteidigt wie jeder Imperialist. (2)

„Times“ schreiben in einem Leitartikel: Die ägyptische Delegation hat vielleicht erwartet, daß von Sender von mehr herauszubekommen war als von früheren Außenministern.

Der sozialdemokratische „Daily Herald“ behauptet den Abbruch der Konferenz und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der „gefahrvolle Menschenverstand“ die ägyptische Bourgeoisie wieder zu Verhandlungen mit England zwingen würde.

Generalstreik in Sevilla

Kundgebungen und blutige Kämpfe in ganz Spanien

Madrid, 9. Mai. In Sevilla wird der Generalstreik als Protest gegen die blutigen Provoaktionen der spanischen Regierung durchgeführt. Bereits in anderen Städten wurden ebenfalls Streiks proklamiert.

In Barcelona kam es zu einem Handgemenge zwischen Studenten und der Polizei, wobei einige Studenten verwundet wurden.

Die Studenten von Sevilla hielten auf dem Dach der geschlossenen Universität eine rote Fahne, worauf es schwere Zusammenstöße mit der Polizei gab.

An dem Universitätsgebäude in Salamanca haben heute Studenten eine Gedächtnisfeier mit dem Namen Prima de Rivas und des früheren Unterrichtsministers Patejo herabgerufen und geträumert.

Der Vorstand der Juristischen Akademie in Madrid hat sich geweigert, eine Generalversammlung einzuberufen, um über die Ausschließung der der Akademie angehörenden ehemaligen Minister der Diktaturperiode zu beschließen.

Die spanische Regierung hat eine Sammlung für die Hinterbliebenen der durch die Polizei ermordeten Arbeiter verboten.

Die Aufstandsbewegung in Südafrika

London, 9. Mai. Die revolutionäre Bewegung in Südafrika geht immer weiter um sich. Nach den schweren Zusammenstößen in Worcester, in deren Verlauf am Sonntag und Montag heftige Straßenkämpfe einsetzten, ist noch keine Ruhe eingetreten. Bis jetzt wurden fünf Eingeborene getötet, der Befehlshaber der Polizei sowie zwei Polizisten schwer verletzt.

Die Polizei war in eine Eingeborenen-Versammlung eingedrungen und versuchte aus der Menschenmenge heraus einen Mann zu verhaften, der nach dem amtlichen Bericht mit einem Karabiner bewaffnet war. Die Eingeborenen verhinderten die Festnahme, worauf ein heftiger Kampf einsetzte. Nach zehn Minuten mußte sich die Polizei mit Verlusten zurückziehen. Verstärkungen gaben mehrere Salven in die Menge ab.

Die britischen Behörden haben sämtliche Europäer in Worcester evakuiert, sich zur Verstärkung der Polizeikräfte bereitgehalten. Diese Maßnahme hat bedeutend die Erregung der Eingeborenen gemildert.

Die Kommunistische Partei Südafrikas wandte sich mit folgendem Telegramm an das Zentralkomitee der K.P.D.: „Respektiert die deutsche Arbeiterklasse zum Protest gegen das rassistische Massaker an den Eingeborenen von Worcester.“

auf sechs Jahre herabgesetzt. Der Angeklagte Madaw de Ribon erhielt ein Jahr Gefängnis.

Der Angeklagte Waghilram, der das Zink- und Blei-untersuchungswerk des Kombinats „Kibber-Zinc“ in Brand gesteckt hatte, wurde zum Tode verurteilt. Da er jedoch nur als geflüchteter Arbeiter des englischen Geologen Goe, der im Dienste der Intelligence Service stand, fremde Weisungen ausführte, und in Unbetracht seines reuvollen Bekenntnisses, hatte das Gericht für möglich gehalten, die Todesstrafe in zehnjährige Gefängnisstrafe umzuwandeln.

Moskau, 9. Mai. Die Sinesische Delegation zur sozialistischen Konferenz ist unter der Führung des Direktionsvorsitzenden der Datschewischen Eisenbahn, Ma Te Hui, mit einem Sonderzuge in Moskau eingetroffen.

Erobert die Mehrheit für die rote Front

Imposante Kundgebungen gegen KZB-Verbot — Willi Leow und Heinz Neumann sprechen — Abgewehrte Polizeiprovoaktionen

Gestern Abend sammelte sich die Breslauer Arbeiterklasse zu einer wichtigen Kundgebung in den überfüllten Sophienplätzen, um hier ihren Willen gegen das Verbot des KZB zum Ausdruck zu bringen. Die Polizei Jürgiebels überfiel wiederholt die amarschierenden Arbeiter. Auf dem Platz wurde ein Teil von ihnen ohne jeden Grund umgelegt und nach Wasser unterjocht. 20 Mann wurden unter dem schärfsten Protest der Arbeiterklasse ohne einen Grund verhaftet und auf Zakantow zum Polizeipräsidium gebracht.

In der Kundgebung sprach als erster der Genosse Willi Leow:

„1 Jahr KZB-Verbot. Das bedeutet, daß alle Terrormaßnahmen unserer Vormarsch nicht verhindern konnten. Sie werden uns weiter verbieten. Aber wir wissen, nicht die bürgerliche Klassenverhaftung, sondern wir werden das Verbot aufheben.“

Darauf nahm der Vertreter der Kommunistischen Partei, der Genosse Heinz Neumann, das Wort, kündigte dem Verbot der Arbeiter unterbrochen:

„Der KZB ist nicht zu verbieten, er ist aus derselben Initiative der werktätigen Bevölkerung entstanden, wie in den letzten Tagen in Indien die roten Armeen der unterdrückten indischen Proletariats entstanden und entstehen.“

Die Klassengegenseitigkeit verstärken sich täglich. Drei Millionen

Erwerbslose im Sommer. Milliarden an Steuern und Zöllen, die auf das Proletariat abgewälzt werden. Die KZB-Bourgeoisie in Rheinland geht daran, die Löhne um 25 bis 30 Prozent zu senken. 2000 Eisenbahner stehen vor der Entlassung.

Da hat der KZB große Aufgaben zu erfüllen!

Um zu sagen, brauchen wir die erdrückende Mehrheit des proletarischen Deutschland. Wir haben die Mehrheit in Berlin und im Ruhrgebiet, es gilt, die gesamte Arbeiterklasse zu gewinnen.“

Unter kräftigen Rot-Front-Rufen der anwesenden Arbeiter schloß Genosse Neumann seine Ausführungen.

Nach ihm nahm ein Vertreter der roten Hilfe und des Roten Sportartells das Wort. Mit dem Gesang der „Internationale“ wurde die erdrückende Kundgebung geschlossen.

★

Eine gleichfalls gutbesuchte Kundgebung gegen das KZB-Verbot fand in Mieses Festhallen in Reutlingen statt. Hier ist noch folgende Episode zu verzeichnen, die sehr zur Erheiterung der anwesenden Arbeiter beigetragen hat:

Auf Demagogation eines Spitzels erschienen ein Dutzend mit 15 Polizisten im Saal, um nach der Zeitung des KZB, „Die rote Front“, zu suchen. Durch die heftigsten Proteste der Arbeiter mußten sie aber mit langen Stäben und leeren Händen abgehen.

Die Saatkampagne in der Sowjetunion

Moskau, 9. Mai. Nach den Angaben des Ackerbaukommissariats ist der Saatplan in der Sowjetunion in bezug mit dem 5. Mai schließenden Maße zu 51 Prozent erfüllt worden. Es sind insgesamt 38 Millionen Hektar angebauet worden, darunter 20 Millionen Hektar von Kollektivwirtschaften oder Sowkowsirtschaften und 18 Millionen Hektar von einzelbäuerlichen Wirtschaften.

Konterrevolutionäre Saboteure verurteilt

Moskau, 9. Mai. Vor dem Obersten Gerichtshof wurde die Prozeßverhandlung gegen vier Angeklagte der Konzeption Lenas-Goldfelds abgeschlossen, die wegen Spionage und Sabotageaktivität angeklagt waren. Alle Angeklagten haben ihre Schuld in vollem Maße bekennt. Der erste Hiltensingenieur der Konzeption, Kolljatsnikow und der juristische Berater der Konzeption, Maronikow, sind zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt worden. Da sie jedoch aufschlüsselnde Pläne zeigten, wurde das Strafmaß

Die Reformisten gestehen ihre reaktionäre Politik

Ein Bekenntnis im „Klassenkampf“

Landau. Landau hatten die SPD-Führer augenblicklich Reden, die alle auf denselben Ton abgestimmt sind: Achten wir doch zur Koalitionsregierung zurück! Wie es um die Koalition bestellt ist, wie sehr sie alles begonnen und vorbereitet hat, was die Brüning-Regierung nicht durchführt, das wollen wir heute nicht mit eigenen Worten, sondern mit der Wiedergabe der wichtigsten Sätze des Artikels der

Frankfurter SPD-Funktionäre Abendzeitung im Hinterspaldemokratischen „Klassenkampf“

ten. Die wesentlichen Teile des Artikels, der eine wichtige Waffe im Kampf gegen die reformistische Politik ist, lauten wörtlich:

„Rein Millionen sozialistische Wähler, 152 Mandate, die demokratische Kammer! Geschaltet denn je: das war der Anfang. Das Kabinett der Köpfe, geführt vom Kanzler der Sozialdemokratie, das war der nächste Schritt. Und dann kam die Variante zu wissen: die Durchführung der Ley Brüning, die Senkung der Lohnsteuer, schließlich am Abendland aller Parteien der Volkswirtschaft, der Nationalversammlung verschwand in der Berichterstattung. Das war das Spiel. Es folgte der erste Akt: der Panzer-Kreuzer.“

wo ist heute die künftige Ausrede, man habe dem unentbehrlichen Imperialismus doch nichts gegeben denn ein Spielzeug?

Dies „Spielzeug“ ist heute der Mittelpunkt der internationalen wissenschaftlichen Debatten, das große Fragezeichen hinter den Plattenkonventionen. Der ersten schmerzhaften moralischen Niederlage der Partei stand die zweite an Bedeutung nicht nach: vor der Rebellion der Eisenbarone gegen einen verbindlich erklärten Schiedsspruch mußten die Gewerkschaften und sozialistischen (?) geführte Regierung zurückweichen.

Der Schiedsspruch Coventry

war eine bedeutende Verschlechterung des von den Unternehmern zerrissenen Schiedspruches des Zentrumsmanes Jölten. Die Textilfabrikanten 1928, der unglaubliche Entwurf des Arbeiterübergabegesetzes brachte zum ersten Male auch die reaktionären Gewerkschaften in Opposition zu den Ministern der Partei.

Der Teufel, dem der kleine Finger gegeben war, forderte mehr und mehr. Mit der Lösung des Kampfes gegen die Follerhöhungen des verpöblichten Bürgerblades hatte die Partei neun Millionen Wähler an ihre Fahne gefesselt. Den Zuckerguß schickte die Regierung der Sozialdemokratie. Anfang März 1929 war es der Finanzminister der SPD, der mit Rücksicht auf eventuelle Kohlenförderungen der Arbeiter in der Industrie, die vermieden werden müßten im Interesse der Reparationsverhandlungen und der Konjunktur.

eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Reichsproduktarbeiter für unzulässig erklärte.

Der Reichsrat 1929/30 verwarf die letzten Illusionen, daß die Regierung Müller-Hilferding der Beseitigung der Wolltarifs und Erhaltung der Wollpreise ein Ende bereiten könne, die zwei Jahre vorher zum ersten Male zur Ablehnung des Staus der Kapitalistenrepublik durch die SPD. geführt hatte.

Dem Finanzminister der SPD, blieb es vorbehalten, der erste Finanzminister im Deutschen Reich zu sein, der es wagte, eine kaiserliche Anleihe dem Parlament zu präsentieren.

Und auch dieser Schlag gegen die gleichzeitig um die Ley Brüning gepredigte Arbeiterlichkeit mußte die durch die Koalition gefesselte Partei aufheben. Dazu kam die erste Welle der allgemeinen Follerhöhungen:

Die Besteuerung der Lebensmittel zugunsten der „notleidenden“ Großregierer

nahm ihren Anfang. Zuckers, Kartoffeln, Getreidekörner wurden gesteuert, und daß die „braune Front“ nicht völlig die Ausbeutung der Arbeiter erreichte, die sie beabsichtigte, geht schon aus dem Artikel „Bei den Verhandlungen von London“ hervor. Das Deutschland des sozialistischen Kanzlers war durch Großkapitalisten vertreten, die Vertreter der Gewerkschaften waren nicht „schwerföndig“. Und das Großkapital hat seine Stellung genutzt. Der Young-Plan enthält die völkerrechtliche Verpflichtung, in Deutschland die Industrieproduktion abzubauen. Die Steuerbefreiung der Kapitalisten, der Angriff auf die Arbeitslosenversicherung trat vor Tag zu Tag klarer in den Vordergrund der tagesspolitischen Debatten. Und nun geht es in rasender Fahrt bergab:

Hilferding gibt das Zündholzmonopol an den Schwedensumpf.

er begründet damit den zweifelhaften Nutzen, die zweite Kammer in die deutsche Finanzpolitik eingeführt zu haben, zur Feuerfreier Unterseite, der Prämie für Steuerkinderleistungen der Reichs, das öffentlich-rechtlich garantierte und befristete Monopol einer privaten Kapitalgesellschaft. Doch Hilferdingas Finanzreform ging dem Finanzkapital nicht schnell genug:

der Reichspräsident prüft und Hilferding mußte parieren, schließlich wurde ein Finanzprogramm zugunsten der notleidenden Wirtschaft zugesagt.

Und als es fertig war und in den parlamentarischen Verhandlungen dreieriertel gerichtet, da prüft abermals und enthüllte mit einem Schlage den wirklichen Inhalt der deutschen Republik:

auf Kommando des Repräsentanten der deutschen Kapitalistenklasse, der im Auftrag eines amerikanischen Großbankiers handelte, mußte der deutsche Finanzminister von der Südländer verschwinden.

Seine Partei, die all das vorher gebildet und verteidigt hatte, gegen den Angriff des Großkapitals bedrückte sie ihn nicht. Was dann kam, die Geschehnisse der letzten Wochen, wir brauchen es kaum zu wiederholen.

Konfession an die Reichsversammlung. Und doch hilft alles nichts. Die Schwerindustrie fordert das Letzte:

Die Verschlechterung der unter dem Bürgerblat zustande gekommenen Arbeitslosenversicherung. In grenzenloser Verblendung (?) will die Mehrheit der SPD-Minister auch diese Forderung erfüllen.

Keine zwei Jahre regierte die große Koalition, deren Richtlinien nach der Verpackung der Kanzler, der Sozialdemokrat Müller, bestimmen sollte.

An ihrer Spitze steht eine unbestrittene gefestigte Demokratie (?) und ein gewaltiger Wahlsieg der Sozialdemokratischen Partei.

An ihrem Grabe steht ein Anwachsen der falschen Bewegung, dessen Grundlage die Entschneidung über die maßgebende Erfüllung des Wahlprogramms der SPD. ist. Die offene Arie des Parlamentarismus, die Drohung der diktatorischen Regierung des Herrn von Hindenburg, der offene Triumph der Volkswirtschaft und der Agrarier.

Somit die Bilanz des Frankfurter SPD-Mitglieders. Sie ist vernichtend für die Sozialdemokratie und läßt für jeden ehrlichen Werkstücken nur die eine Konsequenz zu:

Schluss mit der SPD. her aus roten Front, zur SPD!

SPD. bittet Brüning um Koalition

Otto Braun erklärt: „Zusammenarbeiten mit den Parteien, zu denen wir zeitweilig in Opposition stehen, muß möglich bleiben“

Im Preussischen Landtag spielte sich am Donnerstag ein unwürdiges, wenn auch nicht allzu seltsames, Schauspiel ab. Hauptperson war der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident Otto Braun. Auf den leisen Wind des Zentrumsherrtrates Grebe, daß die „agitatorischen Formen der sozialdemokratischen Presse gegen das Kabinett Brüning für das weitere staatspolitische Zusammenarbeiten der Koalitionsparteien in Preußen zum mindesten nicht förderlich sind“, froh der sozialdemokratische Ministerpräsident sofort vor dem Zentrum auf dem Bauch, um nur ja nicht die sozialdemokratischen Ministerien in Preußen zu gefährden.

„Meinungsverschiedenheiten über die Gestaltung der innerpolitischen Maßnahmen“, so erklärt er, die sich aus der Reparationsregelung ergeben, liegen in der Natur der Sache. Er wünscht sich es aber, daß sie bestmöglichst rein sachlich (!) und unter Vermeidung persönlicher vorübergehender Unterstellungen und Schärfen (gemeint ist die sozialdemokratische Scheinopposition im Reich, H. H.) ausgeprochen werden.

Nach diesem unmissverständlichen Hinweis an die Oppositionsmacht im Reich möchte Otto Braun, zweifellos im Einklang mit der Parteiführung, der Hindenburg-Regierung ein neues offenes Bündnisangebot.

„Wenn jede sich ihrer Verantwortung für das Staatsganze (!) Die reichsheftigsten Junker und Schwerindustriellen bewußte Partei auch in Oppositionsstellung ihr Ansehen, sei es im Parlament oder in der Presse, stets so einrichtet, daß später ein Zusammenarbeiten mit

den Parteien, zu denen sie zeitweilig in Opposition steht, möglich bleibt.“

Um das Zentrum und die übrigen Regierungsparteien über die sozialdemokratische Eigenopposition zu beruhigen, sagte Otto Braun hinzu:

„Die preussische Koalition ist schon Jahre hindurch bei mehrfachen wechselnden Reichskoalitionen in der Fäulnisvoller (!), fruchtbarer (!) Zusammenarbeit von Bestand gewesen, so daß sie auch durch die derzeitige Situation im Reichstag meines Erachtens nicht gefährdet zu werden braucht.“

Bei diesen Worten spendeten die sozialdemokratischen Abgeordneten ihrem Otto Braun lebhaften Beifall.

Die kürzerliche Presse hat diese hündliche Haltung Otto Brauns recht wohl verstanden. So schreibt die völksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Erklärung Otto Brauns

„ein Verstoß gegen gewisse Formalitäten und eine Absehung an die Sozialdemokraten im Reich, sich künftig etwas vorsichtiger und politischer (!) zu verhalten, bedeute.“

Denk daran, ihr sozialdemokratischen Arbeiter und laßt euch nicht länger von euren reaktionären Führern vornehmen, daß sie in einer erzwungenen Opposition der Brüning-Regierung gegenüber ständen. Erkennt, daß nur die kommunistische Partei den Kampf gegen Brüning und die sozialfaschistischen Vertreter führt!

Schickt Delegierte nach der Sowjetunion!

Aus aller Welt erwartet im Juni und Juli das russische Proletariat Arbeiterdelegierte zur Kontrolle des sozialistischen Aufbaues in Stadt und Land

Das Internationale Komitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion richtet hiermit an die Arbeitervereine und Arbeiterorganisationen Deutschlands, Englands, Irlands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, der Schweiz, Spaniens, Luxemburgs, Österreichs, der Tschechoslowakei, Norwegens, Dänemarks, Schwedens, Kanadas,

Ergebnisse des ersten Jahres des Fünfjahresplans an Ort und Stelle prüfen.

Wenn die Arbeiterdelegationen im Sommer 1930 in der UdSSR. eintreffen werden, so werden sie sich von der praktischen Durchführung des entscheidenden Seiles des Fünfjahresplans, nämlich der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft überzeugen können.

die Aufforderung, der Einladung des Zentralkomitees der Gewerkschaften der Sowjetunion zur Entsendung von Arbeiterdelegationen im Juni und Juli dieses Jahres Folge zu leisten.

Den Delegationen im Sommer 1930 harat eine große Aufgabe, indem sie die Erfolge des sozialistischen Aufbaues prüfen werden und gleichzeitig ernsthaft seine Schwierigkeiten und den Kampf für die Beseitigung studieren werden.

Dazu wird uns vom Internationalen Komitee des Bundes der Freunde der Sowjetunion noch geschrieben:

Die christlichen Arbeiter Deutschlands, die Arbeiter Irlands, die katholischen Bauernmassen, alle Werktätigen, die noch unter dem Einfluß der Kirche stehen, erhalten die volle Möglichkeit, sich selbst von der angeblichen Religionsverfolgung in der UdSSR. zu überzeugen und den wahren Sinn der sozialistischen Pappkampagne zu erkennen.

In diesem Sommer haben die Arbeiterdelegationen besonders wichtige Aufgaben zu erfüllen. Im Jahre 1927 konnten die Delegationen von 42 Ländern die erfolgreiche Beendigung der Wiederherstellung der Wirtschaft und der Konterrevolution zerstörten Wirtschaft feststellen und sich von der Planen des großartigen sozialistischen Aufbaues im Anfangsstadium überzeugen. Im November 1929 konnten die Arbeiterdelegationen schon die

Von Arbeitern gewählt, von Arbeitergewerkschaften beauftragt und Arbeiter zur Rechenschaft verpflichtet, so sieht eine gut zusammengestellte Arbeiterdelegation aus.

Kommandeur des Wehkreises II ipfeift mit Bomben-Weißte

Hamburg, 9. Mai. (Eig. Drahtber.) Das sozialdemokratische „Hamburger Echo“ bringt folgende aufsehenerregende Meldung:

„Der Kommandeur des Reichswehkreises II Estlin gab ausdrücklich einer Reichswehrinspektion in Tschchow ein Essen, zu dem nicht nur die Reichswehroffiziere und einige Offiziere der Landespolizei, sondern auch mehrere Zivilisten geladen waren. Unter ihnen befand sich der berühmte holländische Bauernführer und Bombenleger, Sjadikus Waschte, der neben dem Kommandeur mit den Bombenentwerfern verhaftet und zwangsweise vorgeführt wurde, weil er sich nicht dem Gericht stellte. Der Saal, in dem das Essen stattfand, war im Rücken des präsidierenden Kommandeurs mit einem großen Bild und mit zwei Leuchtbildern mit dem Bildnis des Reichspräsidenten M. H. U. geschmückt. Obwohl das Reichswehrministerium über den Vorfall informiert wurde, ist es bisher in keiner Weise gegen die betreffenden Reichswehroffiziere vorgegangen.“

die man einige Stunden später als unrichtig aufdecken und den Kommunisten in die Schuhe schieben kann. So wenig diese insamen Methoden die Kommunisten treffen, so wenig wird der Blutband Drossel dadurch von seinen Verbrechen ringschützt.

Genosse Slang nach Moabit verschleppt

Den Leipziger Richtern ist durch unsere Anpreisung des Reichsbundes, begeben an unserem Genossen Slang, offenbar etwas unbekannt geworden. Und so hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als unseren Genossen Slang nach Berlin ins Moabitier Untersuchungsgefängnis zu verschleppen, wo er heute im Laufe des Tages eintrifft sein soll.

Durch dieses Mandat werden die Klassenrichter niemanden züchtigen. Nach wie vor steht fest, das Gericht trampelt auf seinem eigenen „Recht“ herum, weil es den Genossen Slang, der bereits eine zweijährige Gefängnisstrafe angetreten hat, seiner Verurteilung als Gefangenenerbe beraubt, indem es ihn weiterhin als Untersuchungsgefängnis festhält.

Täglicher „Vorwärts“-Schwind: 1

Der „Abend“ verbreitet wieder einmal den Schwindel, daß der Angeklagte in der Friede in ihr Bild-Druckerei ihre Gestalt nicht rechtzeitig und voll ausgegibt wurde. Die Feststellung wird dadurch glaubwürdiger, daß im gleichen Atemzug die Lüge serviert wird, die rote Hilfe habe ihre Unterhaltung der politischen Gefangenen und deren Angehörigen eingestrichelt. Wir brauchen wohl nicht zu betonen, daß weder das eine noch das andere mit der Wahrheit auch nur das geringste zu tun hat. Wie uns die rote Hilfe mittelst, ist es ihr dann der Opferfreudigkeit der Arbeiterklasse möglich, trotz immer größerer Masseneinforderungen durch SPD-Senerings Republikanschuld, ihren Verantwortungen in vollem Maße nachzukommen. Rein Zweifel, daß die Verurteilung des „Vorwärts“ der roten Hilfe nur neue Freunde werden wird. Auch der angebliche 2-jährige Streit ist nur das Produkt der erblichen Phantasie des ausgetrockneten Stamperhirsns.

Orloffs dunkles Spiel

Wie zahlreiche andere Blätter, veröffentlichten auch wir gestern die Anzeige der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener wegen Mordes gegen Orloff, der als Untersuchungsrichter gefälschtes Material gegen deutsche Kriegsgefangene in Sibirien den Gerichten vorgelegt haben soll, worauf die standrechtliche Tötung der Gefangenen erfolgte. Eine Tat, die dem gerichtlichen Subjekt durchaus zuguzuzuz ist, der ja Hunderte russischer Arbeiter ermordet worden machte. In seiner in einem Berliner Artikel erschienenen Hintertreppendialogie

renommier er ja damit, daß bei ihm die Erschießung von Kriegsgefangenen „wie's Mühselkuchen gegangen“ ist.

Die Menselung deutscher Arbeiter im Waffentod hätte als durchaus im Rahmen der Tätigkeit Orloffs gelegen.

Nun aber stellt sich heraus, daß die ganze Geschichte eine Täuschung und eine Angelegenheit von der Kriegesgenossenschaft erlangung gar nicht erfolgt ist. Klugs untersteht jetzt die bürgerliche Presse die Angelegenheit „kommunistischen Kreisen“.

Jeder, der die Orloff, Sumarokoff und Konforten kennt, die ja ein Privileg in antisozialwissenschaftlichen Feststellungen haben, weiß, daß hier ein großartigstes Entlastungsmaschine für Orloff durchgeführt wird. Daran erfindet man Verschuldigungen gegen ihn,

Nur die „Kollaboranten“ Agrarier Bayerns hat Reichsminister Saffese einige Millionen Taler gemacht. Diese werden als Subventionen für die Fabrikanten von bayerischem Weichbrot verwandt. Aber für die wirklichen Armen ist kein Geld da.

Amerikanische Fleischfabrik in die Luft geflogen

Über 20 Frauen getötet, mehr als 30 schwer verletzt

St. Joseph (Missouri), 9. Mai. Am Donnerstag nachmittag wurde das fünfstöckige Lagerhaus der weltbekanntesten Fleischwarenfabrik Armour durch Explosion eines großen Ammoniakzylinders bis auf die Grundmauern zerstört. 20 Arbeiterinnen fanden dabei den Tod. Mehr als 30 wurden schwer verletzt. Etwa 22 Frauen und junge Mädchen werden noch vermisst.

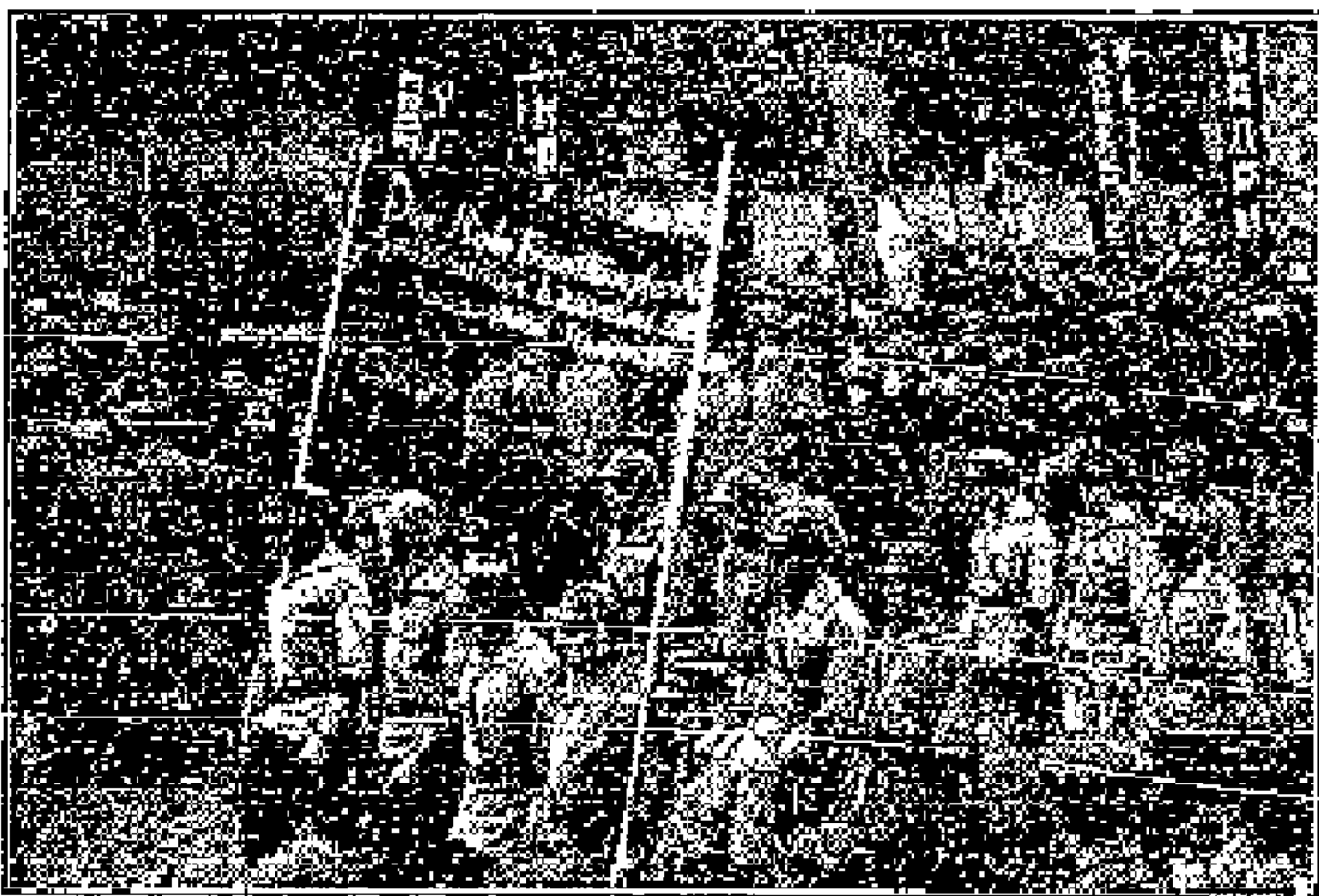
Nach ergänzenden Mitteilungen befürchtet man, daß die 22 Vermissten, die in den Kellerräumen des Lagerhauses eingeschlossen sind, ebenfalls kaum mit dem Leben davon kommen dürften, da die ganzen Anlagen von Ammoniakgasen erfüllt sind. Wer also von den Trümmern nicht erschlagen wurde, wird sicherlich den Erstickenstod erlitten haben.

Wie Augenzeugen berichten, war die Explosion so gewaltig, daß es schien, als ob das

ganze fünfstöckige Gebäude hochgehoben wurde und dann zu einem großen Trümmerhaufen zusammenstürzte.

Teilweise liegen Trümmer von drei Stockwerken übereinander. Die Bergung der ums Leben gekommenen wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Bisher konnte nur die Leiche eines jungen Mädchens unter den Steintrümmern hervorgezogen werden.

Auch der RFB. marschierte in Moskau auf



Besondere Begeisterung erregte bei der Mai-Demonstration in Moskau die Kolonne des nicht zu verwechslenden Roten Frontkämpferbundes, die natürlich in voller Uniform aufmarschierte.

Große Uberschwemmungen auf Ceylon

10 000 Menschen obdachlos

Columbo, 9. Mai. Der Nordteil Columbos ist von riesigen Uberschwemmungen heimgesucht worden. Viele Häuser wurden durch die mit großer Wucht herandröhnenden Wassermassen zerstört. Etwa 10 000 Personen sind obdachlos.

79jähriger Prolet für 2 Mark ins Zuchthaus

Das Magdeburger Schöffengericht verurteilte in einer seiner letzten Sitzungen einen 79jährigen Invalidenten zu einem Jahre Zuchthaus.

Der Verurteilte, der mit einer monatlichen Rente von 2,10 Mark sich und seine fränke Frau „ernähren“ mußte, hat von einem Klempnerlehrling geringe Mengen Blei, die der Junge seinem Meister entwendet hatte, angekauft. Der Handel brachte dem Alten im ganzen 2.— Mark (in Buchstaben zwei Mark) ein. Für dieses „Verbrechen“ warf das Magdeburger Schöffengericht den durch Ausbeutung krumm und lümmelgeachteten Greis ins Zuchthaus.

Ja, wenn der Alte Kommerzienrat Meußböcker gewesen wäre...

Neue Uberschwemmungen in Südfrankreich

Aus dem französischen Anwohnergebiet laufen immer neue Unglücksmeldungen ein. Der Wasserstand vieler Flüsse steigt unauflöslieh. In Toulouse regnet es seit zwei Tagen ununterbrochen. Aus Lyon wird der Wasserstand der Rhone mit 2,80 Meter gemeldet. In Toulouse wurde eine Hundstube vom Blitz getroffen und ging in Flammen auf, bestanden eine Druckerei. Auch die Saone ist in furchtbaren Steigen begriffen. Die Bevölkerung befürchtet eine zweite riesige Uberschwemmungskatastrophe und befindet sich daher in großer Aufregung.

Sterbend auf der Landstraße aufgefunden

Nach einer Meldung aus Jülich sind gestern abend auf der Landstraße zwischen Metz und Tilly zwei Mörder erschossen worden. Beide sind im Laufe der Nacht im Jülicher Kranienhaus gestorben. Wie das Unglück entstand, steht noch nicht fest.

Strandung eines deutschen Eisdampfers

Der Harzener Eisdampfer „Wass“ ist an der Südküste von Island gestrandet. Die gesamte Besatzung konnte nach Überwindung großer Schwierigkeiten schließlich gerettet werden.

Die Maidemonstration auf dem Roten Platz in Moskau



Wer einmal in seinem Leben Gelegenheit hatte, die gewaltigen Maidemonstrationen der Moskauer Arbeiterschaft miterleben, dem wird dieser überwältigende Eindruck unvergesslich bleiben. Von frühester Morgenstunde bis in den späten Nachmittag zogen marschierende Kolonnen über den riesigen „Roten Platz“. Hier, im Schatten der Kremlmauer und des Lenin-Mausoleums, stehen die führenden Genossen der Sowjetunion, um die Achterreihen der Arbeiter, Bauern und Rotarmisten zu begrüßen. Aber auch die Vertreter der kapitalistischen Regierungen, der deutschen mitbegriffen, haben hier Aufstellung

genommen, um, kritisch abschätzend, die Macht und den Verteidigungswillen der Proletariermassen für ihr befreites Vaterland zu beurteilen. Mit unbeweglichen Gesichtern stehen sie da, doch was sie in ihren Innern denken, berichten sie nachher ausführlich ihren kapitalistischen Auftraggebern.

Unser Bild hält den Augenblick fest, als gerade die Spitze eines Trupps bewaffneter Arbeiter an den ausländischen Militärattachés vorbeimarschieren. „Gewehre im Besitz der Arbeiter? — Verfluchter Bolschewismus...“

Brennliche Kalischächte eröffnet

Fabrikenskurz — Brücken erhalten Risse — Bahngeleise versinken 400 Kumpels werden arbeitslos

Braunschweig, 9. Mai. Große Wassermassen drängen gestern nachmittag kurz nach Schichtbeginn in den Kalischacht I der zur „Brenntag“ gehörenden Berginspektion Wiedenburg. Trotz angelegentlichster Bemühungen der Belegschaft, die Ausgangsstreife zu den anderen Schächten gegen den immer stärker werdenden Einbruch abzustützen, drängen ständig größere Wassermengen in die Schächte ein. Schließlich mußte der ganze Erubaubau geräumt werden. Zum Glück konnte sich die gesamte Belegschaft durch Schacht II in Sicherheit bringen.

Außer dem Schaden im Grubenbau selbst hat der Wassereintrich noch starke äußere Beeinträchtigungen verursacht. So senkte sich u. a. nördlich der Hohen unter den Bauerräumen einer Zuckerkübel, die schließlich teilweise einbrach. Die über die Ober führende Eisenbahnbrücke belagert zur gleichen Zeit infolge des unterirdischen Wassereintrichs und der gewaltigen Erdbewegungen ebenfalls größere Risse. Um 17 Uhr war die letzte des Schachtes I vollständig unter Wasser.

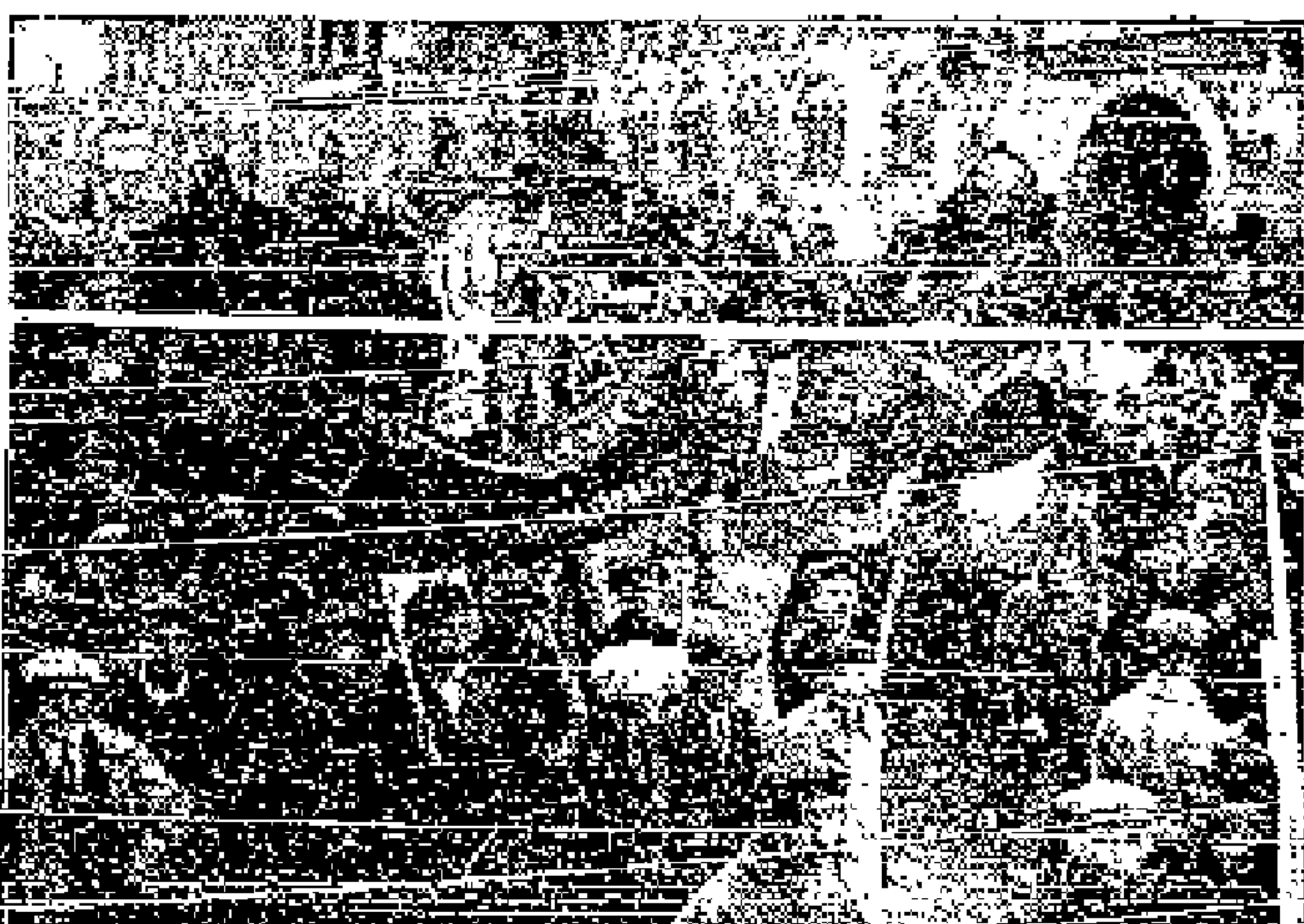
Das durch die Erdbetzfälle gefährdete Gebiet wurde sofort durch Uferwehrmaßnahmen gesichert. Mit knapper Not dem Tode entronnen sind die Insassen des Mulos der Bergwerksinspektion, die vom Schacht II kamen, um zum Direktionsgebäude zu fahren.

Währenddessen haben sie inmitten der Straße einen tiefen Abgrund.

In allerletzter Minute gelang es ihnen noch, den Wagen zum Halten zu bringen und sich auf festen Boden zu retten. Im Augenblick liegt das Auto in dem tiefen Abgrund des ständig größer werdenden Erdbrechters. An einer anderen Stelle ragen die Eisenbahnschienen der Strecke, die nach Grauhof führt, frei in der Luft. Dergleichen ist an vielen anderen Orten der Bahnhöfe schwer in Mitleidenschaft gezogen. Der gesamte

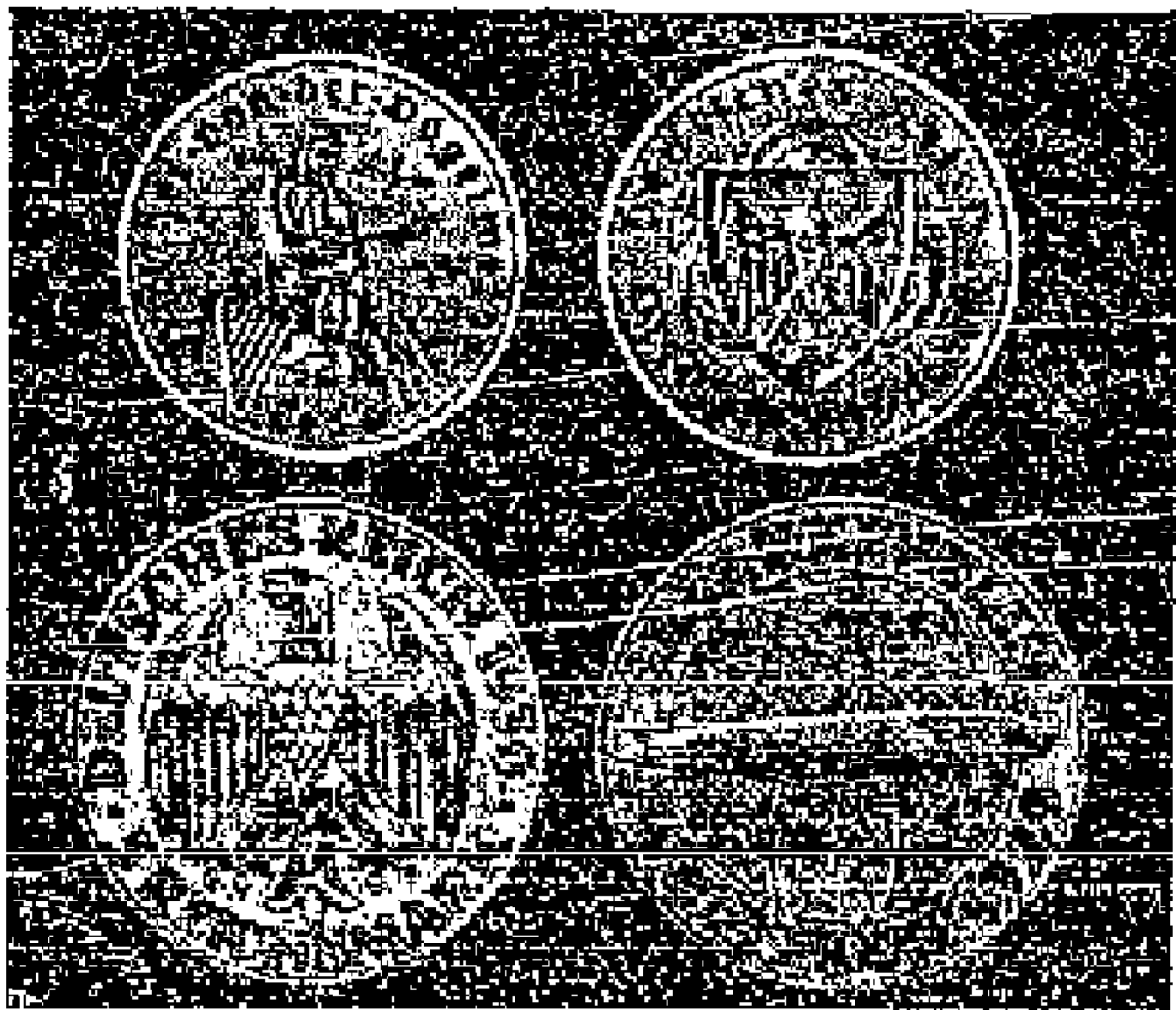
Bahnverkehr ist für längere Zeit gestört. Zur Zeit sind die Erdrutsche noch in voller Bewegung. Da das Kaliberwerk als verloren gilt, werden etwa 400 Bergleute durch diese Katastrophe arbeitslos.

Pope und Kapitalismus im Mai-Aufmarsch



Schon die Demonstrationen der Berliner revolutionären Arbeiterschaft sind überreich an wirkungsvollen propagandistischen Plakaten, Transparenten und karikaturistischen Aufhängen. Doch erreichen sie noch lange nicht die propagandistische Mannigfaltigkeit der Einfälle der russischen Demonstrationen. Unser Bild zeigt eine Gruppe besonders wirkungsvoller antireligiöser Karikaturen.

Neues Silbergeld



Unser Bild zeigt die neuen Fünf- und Dreimarkstücke, die jetzt von der Staatlichen Münze geprägt wurden. Das Fünfmarkstück ist dem Gedenken des Zeppelin-Weißfluges gewidmet und soll das „nationale Selbstgefühl“ stärken und das Dreimarkstück gilt dem Gedenken des Walter von der Vogelweide.

Riesenfeuer im Hafen von Newjersey

18 Oel- und Benzinanzers explodiert — 100 Feuerwehrleute verletzt

New York, 9. Mai. Im Hafen von Newjersey entzündete durch die Explosion auf einem Petroleumtankdampfer ein Riesenfeuer, wobei nicht weniger als 18 Oel- und Benzinanzers in die Luft flogen. Mit rasender Schnelligkeit griff das Feuer um sich. Bei den Löscharbeiten erlitten rund 100 Feuerwehrleute teils schwere, teils leichtere Brandwunden. Trotzdem die gewaltige Quantität die Löscharbeiten außerordentlich erschwerte, gelang es, nach mehrstündiger angestrengtester Tätigkeit, das Feuer Herr zu werden. Der Sachschaden wird auf 5 Millionen Dollar geschätzt. 300 Familien, deren Wohnhäuser an der Brandstelle gelegen waren, wurden obdachlos.

Raubüberfall auf einen Kassenboten

In Düsseldorf wurde am Donnerstag vormittag ein Kassenbote der Regierungshauptkasse am Hofgartenweg von einem unbekannten Täter niedergeschlagen und geraubt. Von dem Täter, der 8000 Mark erbeutete, ließ jede Spur.

Rote Sturmzeit auf Post und Eisenbahn

Setzt alle Kräfte ein für den Sieg der revolutionären Gewerkschaftsopposition bei den Betriebsrätewahlen am 10., 11. und 12. Mai!

Am 10., 11. und 12. Mai finden die Wahlen zum Betriebsrat in den Betrieben der Reichspost statt. Am 11. und 12. Mai finden auch die Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn statt. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat bei den Postarbeitern und Eisenbahnern eigene Listen aufgestellt.

Bei der Reichsbahn stehen sich 4 Listen im Kampf um die Besetzung des Hauptbetriebsrates gegenüber. Besonders wichtig sind es teilweise noch andere Gruppen, die um die Mandate ringen. Wichtig ist es bei den Betriebsrätewahlen der Reichspost. Zum Hauptbetriebsrat der Eisenbahner haben Listen aufgestellt: die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, der Einheitsverband, die GdE (Christen), UEB (Hirsch-Dumler).

Zwischen den beiden ersten tobte der Wahlkampf am heftigsten. Während jedoch die revolutionäre Opposition in ihrer Propaganda nicht unterlassen hat, auch den Eisenbahnern, die heute noch den Führern des GdE und des UEB folgen, den falschen Weg, den sie gehen, aufzuzeigen, hat sich die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie mit den skrupellosen Mitteln fast ausschließlich gegen die revolutionäre Opposition gewandt. Diese Tatsache beweist, daß sich die Angriffe der Reformisten, sobald die grundsätzlichen Fragen der Arbeiterbewegung aufgerollt werden, wie dies in der Propaganda zu den Betriebsrätewahlen geschehen ist, sich ausschließlich gegen den Klassenbewußten Teil der Eisenbahner richten.

Der treffendste Beweis hierfür ist doch auch der Reichsbahnverkehr. Die Hauptverwaltung ist das ausführende Organ der Bourgeoisie, all ihre Maßnahmen sind von dieser diktiert und richten sich gegen das Reichsbahnpersonal.

Was nützen den Eisenbahnern all die Stimmen der Sozialfaschisten auf die Erhaltung der „demokratischen“ Republik, auf ihre Verjüngung und auf die vom sogenannten „demokratischen Geiste“ getragenen Vorlesungen? Was helfen den Eisenbahnern die Phrasen von der „wirtschaftlichen Demokratie“, vom „Werden der neuen Wirtschaftsform“ und Verjüngung?

Hier ist der Punkt, wo sich jeder Eisenbahner über die ersten Probleme der Arbeiterbewegung klar werden muß. Die sozialfaschistischen Gewerkschaftsführer befürchten eine Klassenänderung, denn sie sind ja die eifrigsten Verteidiger des kapitalistischen Systems. Sie besahen den gegenwärtigen Staat und logischerweise auch seine Wirtschaft.

Um die Arbeiter über den tödlichen Verrat der proletarischen Interessen zu täuschen reden die sozialfaschistischen Führer von der Erhaltung und Stärkung der Republik. Gerechtigkeit hat das neue Republikanischgesetz geschaffen und der Einheitsverband bezeichnet das von den kapitalistischen Parteien so sehrstark erwartete Gesetz des sozialdemokratischen Innenministers als ein solches, mit welchem „die innere Sicherung der gegenwärtigen Staatsform“ zu schaffen sei.

Mit dem Ausnahmegesetz kämpft der Staatsanwalt im Auftrag der Hauptverwaltung gegen die revolutionäre Gewerkschaftsopposition. Schon hat der Redakteur des „Roten Eisenbahner“ für Mittelstandsstand eine Anklage wegen Sachverrat erhalten.

Werden also die Interessen der Eisenbahner tatsächlich wahrgenommen, dann stehen Hauptverwaltung, Sozialdemokratie und Staatsanwalt in einer Front gegen die Klassenbewegung der Arbeiter, gerichtet auf das Republikanischgesetz.

Keine Illusionen über die von den Sozialdemokraten gepredigten sozialen Reformen, sondern bewußter Kampf, unerschrocken den Traditionen der Arbeiterbewegung, das ist die Lösung für die Eisenbahner. Nur mit Hilfe des Sozialfaschismus konnte die Reichsbahnverwaltung ihre brutalen Maßnahmen durchsetzen. Aufgabe der revolutionären Gewerkschaftsopposition ist es, auch die Eisenbahner gemeinsam mit der übrigen Arbeiterheit zum aktiven Kampf gegen das kapitalistische System aufzurufen. Das ist das Gebot der Stunde.

Die Eisenbahner haben bei den Betriebsrätewahlen die Pflicht, ihren Willen zum Ausdruck zu bringen, indem sie überall ihre Stimme abgeben für die

Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Hilde Radusch gemäßregelt, Genosse Stroinski getöndigt

Postarbeiter, antwortet auf diese Provokationen mit der Wahl oppositioneller Betriebsräte

Heute beginnt in den Betrieben der Reichspost die Betriebsrätewahlen. Kurz vor den Wahlen leisteten sich die Postbehörden eine sechs Personatzen. Am 8. Mai wurde die Genossin Hilde Radusch, Mitglied des Betriebsrates aus dem Bezirksbetriebsrat der Reichspost Berlin, von ihrer Stellung auf dem Fernsprechtanktort ohne Angabe von Gründen freigesetzt.

Die Genossin Hilde Radusch ist Spitzenkandidatin für den Zentral- und Bezirksbetriebsrat Berlin der Reichspost. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat für den Zentralbetriebsrat eine eigene Liste aufgestellt, die im Untertitel des Reichspostministeriums vom 5. Mai veröffentlicht wurde; es ist die Liste 4. Schon bei der Einreichung der Liste wurden dem Zentralwahlvorstand große Schwierigkeiten gemacht und vier Kandidaten wurden schließlich gestrichen.

Jetzt wollen die Postbehörden durch die Entlassung der Eisenbahnerin Hilde Radusch die Postarbeiterschaft einschüchtern. Gleichfalls am 8. Mai wurde der Kandidat Genosse Stroinski getöndigt.

Aber auch durch diese unerhörten Terrormaßnahmen dürfen sich die Postarbeiter nicht einschüchtern lassen. Nun gilt es erst recht, die Liste der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu wählen. Nur die Kandidaten der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfen für die Interessen der Postarbeiterschaft.

Wählt zum Zentralbetriebsrat Liste 4!

Wahlet auf die Stimmzettel!

Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß sich an der Betriebsratswahl bei der Reichspost nicht die Beamten, sondern nur die Post- und Fernsprecharbeiter, Angestellten und die Posthelfer und -helferinnen beteiligen.

Von den Genossen und Genossinnen, die vor der Post- und Fernsprecharbeitern Stimmzettel verteilen, ist deswegen zu beachten, daß die Stimmzettel vor und in den Post- und Fernsprecharbeitern an die Posthelfer und -helferinnen und vor den Fernsprecharbeitern an die Arbeiter und Angestellten verteilt werden. Die Posthelfer haben keine Abzeichen bzw. Spiegel an ihren Köden. Sie gehen entweder ohne Uniform mit Binde oder mit Uniform ohne Abzeichen und mit Binde.

Revolutionäre Postler! Wenn auf euren Werten noch Stimmzettel fehlen, dann wendet euch an folgende Stellen, die Stimmzettel zur Verfügung haben:

Zentrum: Seydelstraße 18; Nordwest: Wittföhrerstraße 19; Nord: Reinickendorf, Amendstraße 79; Nordost: Hildenerstraße 9; Ost: Bismarckstraße 44; Südwest: Schöneberg, Lokal Postamt, Schönstraße 53; Süd: Neuland, Voder Ede Schillerstraße.

Die Listen der revolutionären Gewerkschaftsopposition haben beim Zentralbetriebsrat Nummer 4, beim Betriebsrat der Oberpostdirektion Nummer 3.

Eisenbahner, denkt daran!

Der Vorstand des GdE hat zur Reichsbahnbetriebsratswahl eine Broschüre als Werbematerial herausgegeben, das sich vorwiegend mit dem Kampf gegen die Somptation beschäftigt und das man nur den zuverlässigen reformistischen Funktionären zur Verfügung gestellt hat. In dem Werbematerial heißt es in bezug auf die letzte Lohnbewegung:

„Wenn auch die lange Bindung des Lohnabkommens und die Höhe des Entschades keine zehnfache Befriedigung brachte, muß die letzte Lohnbewegung aber unter Beachtung aller Schwierigkeiten als voller Erfolg des Verbandes angesehen werden. Ob die lange Bindung wirklich eine nachteilige Wirkung auslöst, läßt sich erst später feststellen, je nachdem sich die Wirtschaftslage auswirkt.“

Trotzdem also die Bewegung keine Befriedigung brachte, bezeichnet Schöffel diese als einen vollen Erfolg für sich. Nun, der Schöffel ist es auch ein voller Erfolg, wenn die Eisenbahner einen Lohnabzug erhalten. Die Eisenbahner haben die nachteiligen Wirkungen des letzten Lohnabkommens zur Genüge gespürt bekommen. Unter Schwierigkeiten verstehen die Bürokraten des GdE, das Gejammer, das Dornmüller bei jeder Gelegenheit anstimmt, indem er erklärt, daß es mit der Finanzlage der Reichsbahnverwaltung schlecht bestellt sei. Die Roten Eisenbahner spielen für Schöffel keine Rolle. Für ihn ist maßgebend, was Dornmüller, der „Mann vom Fach“, sagt. Und der „Mann vom Fach“, er braucht sein Geld für die

Eisenbahnsporzvereine, Streikbrechergarden und Streifen. Die Proleten können hungern, und wenn sie sich nicht fügen, dann wirft man sie aus dem Verband und aus dem Betrieb. Die Eisenbahner aber müssen endlich die Lehren aus der sie nur ins Elend führenden reformistischen Politik ziehen und müssen sich einreihen in die Kampffront der revolutionären Eisenbahneropposition.

Kolligen, denkt daran bei den Betriebsrätewahlen und stimmt am 11. und 12. Mai für die Liste Revolutionäre Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner!

Öffentliche Eisenbahnerversammlung

Zu den Betriebsratswahlen am 11. und 12. Mai, zu den Wahlen der Eisenbahner, den Eisenbahnerinnen und Eisenbahnerinnen, zu den Schifanen der Vorgesehen, aber auch zu dem veränderlichen Verhalten der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie nehmen die revolutionären Eisenbahner Besten heute, Sonnabend, den 10. Mai, um 19.30 Uhr, Nationalhof, Bülowstraße 37, Stellung. Die schweizerischen Eisenbahner nehmen daran teil.

Eisenbahner!

Für die Betriebsratswahlen am 11. und 12. Mai wird Wahlmaterial (Stimmzettel, Flugblätter) ausgegeben, sowie Stimmzettel im Zentralen Wahllokal Nord, Warschauer Str. 59 (Telefon: Andreas 3025), heute, Sonnabend, den 10. Mai 18-20 Uhr, am Sonntag, dem 11. Mai 8-20 Uhr und Montag, den 12. Mai, 9-21 Uhr. Sämtliche Wahlergebnisse müssen sofort dort gemeldet werden.

Zu den Maßnahmen von oppositionellen Kandidaten zur Betriebsratswahl bei der Reichspost nimmt „Kampfbild“ Nr. 4 bereits Stellung. Er ist oben erschienen und muß heute zwischen 12 bis 17 Uhr Dirschenstraße 37, 1, abgeholt werden.

Postler und Eisenbahner!

Kontrolliert in den Wahllokalen, ob die Stimmzettel der revolutionären Gewerkschaftsopposition ausliegen. Achtet auf die Wahlurnen.



Endlich die richtige Rundfunkzeitung



Berliner Ortsausgabe für 15 & reich illustriert

Reichsausgabe mit internationalem Rundfunkprogramm 25 Pf.

1200 Gewinne! Das große Preisausschreiben!

Aus dem Inhalt: 5 Jahre Reichs-Rundfunkgesellschaft - Kritische Programmvorschau: In der Potsdamer Straße nichts Neues - Führer durch das Musikprogramm - Island - Kurt Meitwig: Die Grundlagen des Fernsehens - Was ist eine Diskothek? - Radio-Notizen / Nachrichten des Freien Rundfunkbundes - Unser Roman: Ludwig Tureck: Ein Prolet erzählt - Noch einmal: Das große Preisausschreiben

Erhältlich bei allen Expeditionen u. Austrägern der „Roten Fahne“, „Welt am Abend“, „Berlin am Morgen“ sowie AIZ-Kolportage, Straßenhändlern und Versandhaus Arbeiterkult. N 54, Lützowstraße 11. Materialbeilegerung für den Freien Rundfunkbund. Zu bestellen bei dem Verleger Arner Müller, Berlin N 54, Grenadierstraße 45. Telefon: Weidandamm D 2 3641

Bestellschein

Ich bitte um laufende Zustellung des „Arbeiter-Sender“ durch die Botenfrau zum Preis von 15 Pf. pro Nummer.

Name und Adresse

Siemensproleten, verteidigt eure revolutionären Funktionäre!

Siemenskonzern gegen einen Schwerbeschädigten

Ein Schwerbeschädigter mit Hilfe der Reformisten zur Strafe gebracht — Ständige Maßregelung klassenbewußter Vertrauensleute! Warum?

(Arbeiterkorrespondenz)

Kurzarbeit für die Opfer des Krieges und der Arbeit

Am 24. April 1930 wurde der Genosse Metz Meyer aus dem Siemens-Werner-Werk entlassen, obwohl er bereits am 9. April als Betriebsrat gewählt war. Die Vorgeschichte dieser Entlassung ist bereits in früheren Ausgaben der Rote Fahne veröffentlicht worden. In dieser Funktion hatte er sich nicht nur das Vertrauen der Schwerbeschädigten, sondern auch weite Kreise der Belegschaft erworben und wurde dadurch nicht nur der Betriebsleitung ein Dorn im Auge, sondern auch den reformistischen Betriebsräten.

Als Kurzarbeit eingeführt wurde, forderte M. für die Schwerbeschädigten Vollaufnahme, Hinweisend auf das Schwerbeschädigten-Gesetz, das auch bei Arbeitsstraffung die Zustimmung der Hauptfürsorge vorsieht. Die Firma hätte sich jetzt in ihren heiligsten Privatrechten verletzt und ihre Antwort war, daß die Betriebsleitung von M. jetzt selber Kurzarbeit verlangte, obwohl die Abteilung, in der er beschäftigt war, noch mit etwa 75 Prozent vollbeschäftigt war. M. verlangte jetzt auch bei sich die Einhaltung der jeweiligen schlechtesten Schutzbestimmungen für die Schwerbeschädigten und wies auf die reichlich vorhandene Arbeit hin. Darauf wurde M. gefündigt und von der Betriebsleitung bei der Hauptfürsorgestelle Berlin ein Austauschvertrag gestellt, d. h. an seiner Stelle sollte ein anderer Schwerbeschädigter eingestellt werden.

Die Hauptfürsorgestelle lehnte den Antrag der Firma unter dem 4. April 1930 mit der Begründung ab, daß M. Vertrauensmann der Schwerbeschädigten sei.

Gegen diesen Bescheid erhob die Firma Einspruch beim Schwerbeschädigten-Ausschuß, und zwar durch Schreiben vom 8. April 1930.

Die Hochpostbriefe

Während über solche Einsprüche in der Regel nach 4 bis 8 Wochen verhandelt wird, tagte hier innerhalb 48 Stunden bereits der Ausschuß unter dem Vorsitz des Herrn SPD-Mitglied des Reichsbundes. Durch Hochpost waren die Einladungen an die Sitzungsteilnehmer eingegangen. Einen sehr offensichtlichen Zweck hatte dieses plötzliche Eintreffen, indem die Interessen von Hauptfürsorge und Firma parallel liefen. Kollege Meyer war am 9. April 1930 als Betriebsrat gewählt worden, er mußte unbedingt noch vor der Konstituierung des neuen Betriebsrates draußen sein!

Der Schwerbeschädigten-Ausschuß gab dem Wunsch der Firma statt. Warum sollte er auch nicht, es waren zwei Unternehmersvertreter und drei Sozialdemokraten, Mitglieder des Reichsbundes, die dem Wunsch der Firma um so lieber nachkamen, als der Vertreter der Firma dem Ausschuß Meyer als den gefährlichsten Bolschewiken im Siemens-Konzern hinstellte.

Eine besonders schmutzige SPD.-Schiedung

Fünf Minuten

SPD.-Demokratie im Siemens-Schaltwerk

(Arbeiterkorrespondenz)

Durch Ausschließen einer eigenen Liste hat die revolutionäre Gewerkschaftsopposition im Siemens-Schaltwerk keinen Kollegen in den Arbeiterrat bekommen, statt bisher zwei. Die beiden Gewerkschaften unter Führung der SPD. ebenfalls haben und die nationale Vereinigung einen Vertreter.

Die SPD.-Böngen waren nun unsicher, ob sie ihre freigelegten Posten behalten würden. Sie wandten deshalb auf der konstituierenden Sitzung des Arbeiterrats am 8. Mai einen gemeinsamen Eid an.

Mitte, der SPD.-Wahlvorstand, hieß die Sitzung genau zu der Minute ein, wo das Werk Feierabend hat, um 18.25 Uhr, und nach einem Zimmer, das die wenigsten Kollegen im Werk kennen. Die Kollegen kamen wohl das Betriebsratszimmer, nicht aber ein beliebiges Konferenzzimmer. Die Vertreter der Opposition haben sich deshalb schon um 18.10 Uhr freigegeben lassen. Trotzdem war es einem Kollegen unmöglich, pünktlich zu erscheinen. Diese Tatsache machte Mitte aus. Er wartete, bis seine Anhänger alle da waren, erstreckte dann aber sofort die Sitzung. Ein Kollege der Opposition sollte daraufhin den geschäftswirtschaftlichen Antrag, die Sitzung noch um fünf Minuten zu vertagen, da es einem Kollegen der Opposition nicht möglich ist, eher zu erscheinen. Nach dieser Antrag ging Mitte einfach drüber weg. Das dadurch bedingte Stimmverhältnis von sieben Stimmen für die SPD. sechs Stimmen für die Opposition hat die Böngen wieder auf den Boden gestürzt.

Wir bringen diese schmutzige und gemeine Handlungsmasse der Böngen allen Arbeitern zur Kenntnis und fragen die freigelegten und sozialdemokratischen Arbeiter, wo hier die Demokratie bleibt, die ihnen von ihren Führern immer wieder vorgespielt wird.

Jeder ehrliche, klassenbewußte Arbeiter, der bisher der SPD. verteidigt, muß sich abwenden von diesen Vorkärglern und die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition, die es ehrlieh meint mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, unterstützen.

Auch war M. schon vorbestraft und daher sei seine Abhebung und Entlassung unbedingt erforderlich.

M. hat mit dem Vertreter der Firma gründlich abgerechnet, sich auf das Vertrauen der Schwerbeschädigten berufen. Eine einstimmig erfolgte Wiederwahl als Vertrauensmann der Schwerbeschädigten, trotzdem die Wahl von reformistischen Betriebsräten durchgeführt wurde. Seine Vorstrafe ist eine politische, die ihn als klassenbewußten Proletarier durch den Kampfbüchle angedreht wurde.

Also alles, was die Firma gegen M. vorbringt, entspricht in keinem Falle den Tatsachen. Man will lediglich einen oppositionellen Funktionär loswerden und sucht hier beim Schwerbeschädigten-Ausschuß die entsprechende Hilfe.

Am 22. April 1930 wird der Firma und Meyer die Zustimmung des Ausschusses zur Entlassung schriftlich mitgeteilt, am 24. April 1930 wird M. entlassen.

Jetzt sagt der in seiner Mehrheit reformistische Betriebsrat: „Seine Wahl ist ungültig, sie ist in gekündigtem Arbeitsverhältnis erfolgt.“

Schwerbeschädigte im Siemens-Werner-Werk, bei der nächsten Versammlung legt schärfsten Protest ein gegen die Maßregelung eines Vertrauensmannes, wählt an seiner Stelle einen anderen oppositionellen Kollegen, der ebenso eifrig eure Interessen vertritt und erschießt eine Arbeitsgenossenschaft mit der Firma ablehnt.

Der Genosse Meyer wird beim Arbeitsgericht eine Feststellungslage über die Rechtmäßigkeit seiner Wahl als Betriebsrat aufstrengen. Es ist jedoch bei diesen Klassengerichten wenig zu hoffen.

Heraus zum Protest und zur revolutionären Arbeit!

Die Arbeiterchaft wird lernen müssen, ihre oppositionellen Funktionäre selbst zu schützen. Im Werner-Werk sind allein bisher außer 5 roten Betriebsratskandidaten eine ganze Anzahl anderer oppositioneller Funktionäre gemahrgastet worden. Den Reformisten hat man sehr haar gestrichelt, weil die Firma diesen nötig braucht.

Am Mittwoch, dem 14. Mai, findet nach Arbeitsfluß bei Kant, Siemens-Edle Herzstraße eine Funktionärskonferenz der revolutionären Gewerkschaftsopposition statt. Sie nimmt Stellung zu den Massenentlassungen, zu den Maßregelungen der oppositionellen Funktionäre, zum Ablauf des Rahmens und Bahnabkommens in der Berliner Metallindustrie, sowie allen wichtigen Betriebsangelegenheiten. Entgegen der Aufforderung aus jeder Abteilung einen revolutionären Vertrauensmann und verknüpft Beschlüsse an dieser Sitzung. Dem Angriff der Unternehmer und dem Verrat der Reformisten stellt entgegen die revolutionäre Massenfront unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

SPD.-Demokratie im Kabelwerk Oberspree

Demokratische Rechenkunft: 8:8=4:1

Dobbert appelliert an demokratische Gefühle — UEG. will von den „friedlichen“ Oppositionellen nichts wissen, sie will die „nutigen“ SPD.-Männer

(Arbeiterkorrespondenz)

Selbstgezügeln Demokratie

Ein sprechendes Beispiel dafür, wie die Demokratie der Sozialdemokratie aussieht, wenn sie Vorteile bringt und wie sie aussieht, wenn sie Nachteile bringen würde, geben die „Arbeitsverhältnisse“ im Kabelwerk Oberspree bei der konstituierenden Sitzung des Betriebs- und Arbeiterrats. Der aus fünf Mitgliedern bestehende Betriebsausschuß wurde folgendermaßen gewählt:

Sieben Arbeiterstimmen waren von den SPD.-Betriebsräten zu erwarten, sieben Arbeiterstimmen für die roten Betriebsräte und vier freigewerkschaftliche Angestellten-Betriebsräte, sowie ein UEG.-Betriebsrat. SPD.- und UEG.-Angestellte machten gemeinsam mit den SPD.-Arbeitsmitgliefern des Betriebsrates Einheitsfront gegen die roten Betriebsräte. Es wurden zur Wahl des Betriebsausschusses drei Listen eingereicht: Liste 1 SPD.; Liste 2 Opposition; Liste 3 Angestellte. Laut Betriebsratsgesetz müssen die Vertreter der Minderheitsgruppe — also hier die Angestellten — im Betriebsausschuß vertreten sein. Ein vorher von den Einheitsfrontlern UEG.-SPD.-bestimmter Mann gab seine Stimme für die Liste 3 ab, der somit ein Kandidat höher war. Die übrigen 4 Angestelltenstimmen wurden mit für die Liste 1 abgegeben, die dadurch 11 Stimmen erhielt, gegen 7 Stimmen der Opposition. Mit einem geringen Bruchteil ergibt die Proporzrechnung drei Sitze für die SPD.-Arbeiter im Ausschuß, während die Opposition nur einen Sitz erhält.

Das Verhältnis ist also mit Hilfe der Angestellten 4:1.

Recht bei der Demokratie

Nach dieser Grenzleistung der Demokratie sollte die Wahl des Arbeiterratsvorsitzenden vor sich gehen. Da die „freien“ Gewerkschaftler hier ebenso wie die Opposition mit acht Sitzen vertreten sind, konnte die Abstimmung nur Stimmengleich-

heit ergeben und das Los mußte entscheiden. Der Betriebsratsvorsitzende Dobbert hatte den Mut, an des demokratische Gefühl der oppositionellen Kollegen zu appellieren, die zwar mit der gleichen Anzahl Mandate im Arbeiterrat vertreten seien, aber bei der Wahl doch einige Stimmen weniger erhalten hätten. Dies wäre seiner Ansicht nach ein Beweis für die demokratische Haltung auf dem Betriebsrat. Er forderte die Angestellten, die Reformisten zu verzichten. Nach der Kostprobe von Demokratie, welche die SPD. bei der Wählung des Betriebsausschusses gegeben hatte, konnte ein solcher Vorschlag natürlich nur entriestete Ablehnung finden. Es wurde zur Auslosung geschritten und die Liste zur Folge, daß das Los zugunsten der Opposition entschied. Arbeiterratsvorsitzender wurde der Kollege Pelletier.

Die Unternehmer sind mit den Oppositionellen „zufrieden“

Zwei Tage lang verhandelte nun der Kollege Dobbert mit der Betriebsleitung, um die Abgabe der Freistellung von zwei Kollegen zu erreichen, nach demokratischem Prinzip natürlich freigestellt wurden zwei Sozialdemokraten Dobbert und Wolff. Den Kollegen, die ein solches Verhältnis sonderbar finden, geht aber jedes höhere Verständnis vom Wesen der Demokratie ab. Der Postenhalter der SPD. ist so kurz, daß man eben die deutsche sichtbar gewordenen Bundesbrüderlichkeit des Unternehmers mit in Kauf nehmen muß. Im Kampf gegen die Kommunisten ist jedes Mittel absolut heilig. Und diese Bundesbrüderlichkeit der Unternehmer haben den traurigen Mut, in ihrem letzten Wahlfeld zu schreiben: „Die Unternehmer können mit den Betriebsratsmitgliedern sehr gut aus, weil sie bei allen Verhandlungen die friedlichsten Leute waren, die etwas alles mitmachen.“ Weil die oppositionellen Kollegen so friedlich sind, deshalb entlehnt sich der Unternehmer ihrer, wo er nur kann und legt sich dafür „nutigen, kampferprobte“ SPD.-Leute à la Bossia auf die Nase!

Um Haarsbreite Unt! Tote

Das freie Kabel

(Arbeiterkorrespondenz)

Durch das Antreibensystem bei der Firma Julius Berger, H.-Bahn-Bau Pantow, konnte am 2. Mai wieder mal ein Unglück passieren. Fünf Zimmerleute und Arbeiter, die mit dem Abmontieren beschäftigt waren, stürzten plötzlich durch den Strom einen Schlag, daß sie samt dem Träger zu Boden geschleudert wurden. Der Zimmerer Otto Ziper geriet unter den Träger und kam wie durch ein Wunder, außer etwachen Wunden am Kopf und Verletzungen an Hand und Schulter sowie mit dem Schlag durch den Strom, mit dem Schrecken davon. Wenn ein Kabel (bei Lichtleitung) durchgeschlagen worden wäre, hätten alle 5 Mann den Tod gefunden.

Schuld daran ist natürlich wieder das Sparsystem, die Rationalisierung. Letztere Facharbeiter entläßt man wegen angeblichen Arbeitsmangels und unerfahrene Leute aus Bayern setzt man an ihre Stelle. Der junge Arbeiter bringt es fertig, Doppelströmen machen zu lassen und diese so einzurichten, daß durch die Arbeitstakt der übrigen Handwerker ersetzt wird.

Staatliche Lohnpolitik

Reichswehrmanöver

(Schauspielerkorrespondenz)

Am 24. April fand die Premiere zur Oper „Die Säumme von Portici“ im Theater am Platz der Republik statt. In diesem Stück waren 88 Statisten angenommen, die auch in vorherigen Proben extra eingebüßt wurden. Während man aus diesen Statisten sonst für das kurze Auftreten in einem oder zwei Akten 1,50 Mark zahlte, sollten sie im vorgenannten Stück, wo sie in allen fünf Akten auf der Bühne anwesend sein müssen, gleichfalls nur 1,50 Mark bekommen. Die Forderung der Statisten wurde noch bedürftig gesteigert, daß man für das Schlupf der Oper 10 bis 50 Reichsmark erhalten engagiert habe, die nur einmal über die Bühne marschieren brauchen, und dafür denselben Gehalt von 1,50 Mark pro Akt zugesagt erhielten.

Die 88 Statisten flehen nun nach dem 1. Akt die Forderung einer Bezahlung von 3,50 Mark für den Abend, währendfalls sie das Stück aufliegen lassen würden. Sie zogen sich ihre zivilen Kleider an und machten mit ihrer Drohung Ernst.

Wichtige Veranstaltungen

Vollversammlung der Erwerbslosen-Ausschüsse Groß-Berlin

Am Montag, dem 12. Mai, abends 7 Uhr, findet in Havel-lands Festsaal, Neustraße, eine Vollversammlung der Erwerbslosen-Ausschüsse statt.

Zu dieser Vollversammlung müssen alle Ausschussmitglieder der Stadtbezirke und die Führer der Arbeitsgruppen erscheinen.

Die Beschlüsse werden aufgeführt, Parteien zu entlassen! Beschlüsse des Ausschusses des K.O. u. d. Erwerbslosen.

Achtung! Alle Erwerbslosenbesitzer können den neuen Erwerbslosen, Nr. 8, am Sonntag vom Provinzial-Ausschuss in der Zeit von 10 bis 2 Uhr in Empfang nehmen.

Wettbewerb des „Arbeiterjournals“

Ein interessanter Wettbewerb wird von der Zeitschrift „Arbeiterjournal“ veranstaltet. Diese reich illustrierte Rundfunkzeitung, die jetzt auch eine billige Berliner Ausgabe für 15 Pfennig geschaffen hat, fordert auf, Rundfunkhöreradressen zu sammeln.

Eine Russlandreise

kann gewonnen werden auf dem roten Tag in Charlottenburg gegen das Verdienst des K.O. am Sonntag, dem 11. Mai, auf dem Spandauer Hof in Charlottenburg, Einlass 2 Uhr, Beginn 3 Uhr. Eintrittspreis: 30 Pfennig. Anrede: Willi Kaiser. Aufzutreten der Truppe „Roter Alarm“.

Muskunft in allen Angelegenheiten der Altersbeiratswahlen

täglich von 17 bis 19 Uhr, Zentralrats, Schowstraße 2, Telefonanruf: Alexander 7202.

Warnung vor einem Schwindler

Paul Sant, wohnhaft in Schönberg, Steinweg 51 v. IV (Spt.) ist ein Betrüger. Er hat verschiedentlich versucht, und es ist ihm auch in einigen Fällen gelungen, sich an Arbeiter-Gruppen zu verzeihen. Sant gibt bei seinen Betrügereien an, vom „Verband proletarischer Freidenker“ beauftragt zu sein.

Wir warnen vor diesem Individuum und bitten, Mittelungen, wenn Sant irgendwo keine Betrügereien verüben sollte, an uns zu machen. Von Geldbürgern bitten wir um Nachsicht. Der Vorstand, Verband proletarischer Freidenker, Berlin SO 18, Schowstr. 2.

Mus der Parteiorganisation

Groß-Berliner Delegiertenkonferenz

Sonntag, den 11. Mai, vormittags 9 Uhr, in Havel-lands Festsaal, Neustraße, Kaiser-Wilhelm-Strasse Ecke Neue Friedrichstraße.

Tagesordnung: Unsere Organisationsaufgaben.

Erstgenannte müssen die Mitglieder der Delegierten der Unterbezirke 1 bis 7; die Mitglieder der wichtigsten Groß-Bezirks- und Stadtbezirke; die wichtigsten Instrukteure der Unterbezirke.

Verteilung Berlin-Brandenburg-Saarländ. Grenzaufl. 10. Mai, um 20 Uhr, im Rathaus Neukölln, Zimmer 138.

K.O. - Plakatpost des Landvolks im K.O. am Sonntag, dem 10. Mai, 19 Uhr, Bismarckplatz: 20 Uhr: Heilmittelplatz.

Das Plakatpost Nr. 002121 des Gen. August Schmidt ist verloren gegangen und wird hiermit erklärt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19 Uhr, findet in der Kassen- und Bibliothek des K.O. eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19 Uhr, findet in der Kassen- und Bibliothek des K.O. eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19 Uhr, findet in der Kassen- und Bibliothek des K.O. eine Zusammenkunft statt.

Wichtige gewerkschaftliche Veranstaltungen

K.O. - Nahrungsmittele und Getränkearbeiter

Sitzung heute, Sonntag, den 10. Mai, um 18.30 Uhr in der Kassen- und Bibliothek des K.O., Kleine Alexanderstraße 28.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

19 Uhr am Bismarckplatz, Demonstration nach dem Reichstagplatz. Die Teilnehmer des K.O. haben sich versammelt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Am Sonntag, den 10. Mai, 19.30 Uhr, findet für die Holzarbeiter eine Zusammenkunft statt.

Empfehlenswerte Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte im Bezirk Norden, Nordosten und Nordwesten

Grid of advertisements for various shops and services in the Berlin districts of Norden, Nordosten, and Nordwesten. Includes names like 'Nordsee', 'Reith & Weissbach', 'Fetkenheuer & Golze', 'Koffer Kratky', 'Möbelhaus', 'Butter-Hesse', 'Rob. Lange', 'PAUL HUTZELMANN', 'Max Prenzler', 'Lindemann & Co.', etc.

Der Ruhraufstand von 1920

Militärpolitische Darstellung des Kampfes der Roten Armee im Ruhrgebiet

Soeben erscheint im „Internationalen Arbeiter-Verein“ ein neues Buch über den Ruhrkampf von 1920, das unter dem Titel „Der Ruhrkampf“ den Verlauf der Kämpfe des Ruhrgebietes vom 1. Januar bis zum 1. März 1920 darstellt. Das Buch ist ein wertvolles Dokument für die Arbeiterbewegung.

Die Arbeit des Genossen Brauer behandelt den wichtigsten Abschnitt jenes großen revolutionären Kampfes, den das deutsche Proletariat vor zehn Jahren gegen die blutige Gewalt der kapitalistischen Konterrevolution und gegen den heimtückischen Verrat der Kapp-Soering-Partei geführt hat: den Kampf der Roten Armee im Ruhrgebiet. Genosse Brauer, der diese Schrift während der Festungshaft verfaßte, hatte nicht die Möglichkeit, eine umfassende und allseitige Darstellung der Kämpfe des Jahres 1920 zu geben. Die Aktionen außerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes werden nur kurz erwähnt. Die Vorgeschichte, die politischen Hintergründe werden nur angedeutet. Im Vordergrund steht die militärpolitische Betrachtung des Ruhrkampfes.

Wenn dieses Buch daher auch nicht den Anspruch erheben kann, alle wichtigen Lehren des „Genossen“-Buches und des bewaffneten Aufstandes, der ersten großen „großen Kämpfe“ einer Roten Armee auf deutschem Boden dargestellt zu haben, so wird es doch zur Verbreitung der revolutionären Erkenntnis, die das wichtigste Ergebnis der opferreichen Kämpfe des Proletariats sind, nützliche Dienste leisten.

Nach der Revolution von 1848 schrieb Engels bei einem Vergleich der heroischen Kämpfe in Paris und Wien mit der feigen Kapitulation des Berliner Bürgerturns vor der jüdischen Konterrevolution:

„Eine Niederlage nach hartnäckigem Kampf ist eine Tatsache von ebenso revolutionärer Bedeutung, wie ein leicht gewonnener Sieg. Die Niederlagen von Paris im Juni und von Wien im Oktober 1848 haben zur Revolutionierung der Köpfe der Bevölkerung dieser zwei Städte jedenfalls weit mehr beigetragen, als die Siege vom Februar und März. Die Verjämmerung und Bevölkerung von Berlin hätte vielleicht das Schicksal der beiden obengenannten Städte geteilt; oder sie wäre ruhmvoll unterlegen und hätte in den Gemütern der Arbeiter einen Verlangen nach Rache hinterlassen, das in revolutionären Zeiten einen der mächtigsten Antriebe zum energiegelassen und leidenschaftlichen Handeln bildet.“

(„Revolution und Konterrevolution in Deutschland“, S. 95.)

Das Ruhrproletariat hat 1920 eine schwere Niederlage erlitten. Das war unermesslich bei dem Fehler einer einheitlichen, klaren und revolutionären Führung der Gesamtbewegung im Reich. Es gab damals noch keine kommunistische Massenpartei und was die KPD, Massenwirkung hatte, wie

z. B. in Chemnitz, war sie noch weit von bolschewistischer Klarheit und Entschlossenheit entfernt. Infolge des Ausbleibens einer wirksamen Solidaritätsaktion in den ausschlaggebenden Zentren Deutschlands, vor allem in Berlin, infolge des Verrates, der sich auch im Ruhrgebiet durch den Einfluß der SPD und der rechten USPD, in die Reihen der Kämpfenden einschlich, sind die Arbeiter „ruhmvoll unterlegen“. Weit mehr, als bei dem feigen Verrat gegen die kapitalistische Reichswehr fielen, sind nach dem Viefelder Vertrag durch das Wüten der von Soering entführten Waller-Horden gefallen.

Aber die schwere Niederlage hat die Schlagkraft des Ruhrproletariats nicht geschwächt, sondern das Ruhrproletariat hat sich auch in den späteren Kämpfen, 1923 wie 1928, als eine der entschlossensten Kampftruppen des deutschen Proletariats bewährt. Was könnte auch in der Tat die Kampfschlagkraft und Siegesgewißheit des Proletariats mehr steigern, als die Erinnerung an die Wunden an Tappertitz, Oberhausen, organisierten Kampf, streikartige und taktische Überlegenheit, die das Proletariat im Ruhrgebiet im Kampf gegen einen tausendfach besser ausgerüsteten Feind bewies? Darum haben

„Der Bonze“ Gesehen durch die Brille eines Nationalsozialisten

Täglich sehen wir sie herumlaufen. In den Ministerbüros sitzen sie, in den reformistischen Gewerkschaftsvorständen, in den Aufsichtsräten, in den Direktorenstellen der kommunalen Betriebe usw. Tausende, die täglich hundertmal die sozialdemokratischen Arbeiter verkaufen für ihr gutes Leben. Diese Zweigleisigen a la Brolat, Ulrich, Jürgel und Genossen. Nur hin und wieder schwimmt einmal eine stinkende Korruptionsschleife Wammschneider ihres Privatlebens an die Oberfläche der Öffentlichkeit, Selbstaufbehalten mit deutschnationalen Abgeordneten, Schiebergeschäfte, bestochen und gefaßt von den Feinden der Arbeiterklasse, und dann wird alles wieder schnell verschluckt, zugebuddelt, abgeteigelt. Der Bonze regiert — als treuer Diener des Kapitals.

Ein ehemaliger Sozialdemokrat und heutiger Nationalsozialist, Felix Klammert, schreibt, schrieb einen Roman unter dem Titel „Der Bonze“ (Brunnenverlag Karl Wulff, Berlin). — Wer nicht so ungeschickt, man merkt es nicht sofort, daß er hier den SPD-Polz wackeln will, ohne ihn anzumachen. Karl Klammert kommt als Buchdruckerehrerling in die sozialdemokratische Partei und verleiht es durch vorzügliches Schließen nach der jeweils richtigen „Butterseite“ bald zu einem brauchbaren Werkzeug der Bürokratie zu werden. Vom Zeitschriftenscheiter des sozialdemokratischen Parteiorgans entwickelt er sich in gerader Korruptionsschleife zum Redakteur, zum Abgeordneten, zum Oberpräsidenten. Ziel: Minister! Je nach Lage seiner Pläne geht er auch mal in die „Opposition“ aber prügelt sich für den Parteistand, für die anderen Bonzen, die durch ihr Wüten von den gegenwärtigen Schmutzmaschinen auf Zeit und Werrat aneinander gebunden sind. Führerfragen haben nur die eine Bedeutung, daß sie die schöne 7-Zimmerwohnung, das gute

auch die Kämpfe von 1918 bis 1923 für die kommende deutsche Revolution ähnliche Bedeutung wie 1906 für die russische Revolution.

Wenn das Proletariat einheitlich, unter revolutionärer Führung in den Kampf tritt, den Klassenkampf und den bewaffneten Kampf gegen die Konterrevolution nicht scheitern lassen, dann ist es unbesiegt. Sobald es aber den Besprechungen der sozialdemokratischen Agenten des Klassenfeindes traut, sobald es der Zerstückelungsarbeit dieser gefährlichen Feinde der proletarischen Einheitsfront Spielraum läßt, sobald es den Weg der friedlichen Verständigung mit seinem Todfeinde beschreitet, ist seine Niederlage besiegelt. Das ist die wichtigste Lehre des Kapp-Putsch.

Die Erinnerung an die heroischen Kämpfe, die blutigen Opfer und den schmählichen Verrat von 1920 muß das deutsche Proletariat vor einem zweiten Viefeld bewahren. Die Kämpfer der Roten Armee des Ruhrgebietes sind nicht umsonst gefallen. Für sie gilt, was Karl Liebknecht in seinem letzten Artikel von den Opfern des Kapp-Zerfalls in den blutigen Januartagen 1920 schrieb:

„Sie haben heiliges Blut vergossen. Es ist gescheitelt. Aus jedem Tropfen dieses Blutes, dieser Trauerjahre für die Sieger von heute, werden den Gefallenen Rächer entstehen, aus jeder verlesenen Faser neue Kämpfer der hohen Sache, die ewig ist und unergänzlich wie das Firmament. Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein, denn die Niederlage ist ihre Lehre.“

Leben, die irdischen Schicksale gefährden. Darum wird gekämpft, da hat er Hände und Schenkel von Eisen, er will nicht wieder „herunter“ in das „stinkende Proletariat“, hinab in die Masse der „idiotischen und rohen“ Arbeiter. Und Karl Klammert schreit es ...

Kein Wort des Autors gegen die Kommunisten. Ein Röder für den proletarischen Feind, auf den hier spekuliert wird. So liegt er nun doch. Da fliegen nämlich die Bonzen im Regen, wenn sie zu ein Unkraut mal zeigen sollte. ... Sowjetunion und (?) haben genug passen auf. ... liegt er an einer Stelle, wo er so ganz behutend Hitlers Überdrehung in die Fäden spielet. Er ist sonst damit von verständlich vorzüglicher Zurückhaltung. Er mühte dann allerdings sagen, daß das Leben eines Bonzen von denen bezahlt und erhalten wird, die mit Hilfe eben dieser SPD-Bonzen in den Ministerbüros, im Reichstag usw. die Ausbeutung der Arbeiterklasse zum Ziel haben; vom Finanzkapital, zu dem die Nazis, trotz ihrer antikommunistischen Klagen, die unempfindlich für den Geruch jüdischer Gelder sind, genau so gehören, wie die anderen bürgerlichen Parteien.

Und aus diesem verdeckten Grunde ist der Bonze in dem Buch politisch vollkommen falsch gezeichnet! Der Bonze vertritt die Arbeiter nicht nur, weil er für seinen eigenen Schicksal kämpft, sondern weil es die historisch und ökonomisch bedingte Politik der SPD, ist, in treuer Koalition mit Regierung und Unternehmertum auf Kosten des Proletariats durch Wuchergelb, Sozialabbau usw. zu helfen, all das „Deutschland über alles“ nicht untergehen in dem „Sumpf des Bolschewismus“. Und dafür bezahlt die Bourgeoisie Karl Klammert, Severina, Scheldemann, Brolat, Koste, Jürgel usw.!!

Das Buch ist typisch für die verlogene „proletarische“ Mediation des Nationalsozialismus. Im Übrigen sollte ein Nazi nicht so unbehelligt gegen die SPD, sein, Severing hat für sie wirklich getan, was er konnte. ... Kl. N.-Z.

Neue Bücher

Die Redaktion behält sich Besprechung vor

- Proletarische Literatur**
- Erk Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Bericht über die Tagung des Erweiterten Präsidiums des GKS, gehalten im ZK der KPD, am 20. Februar 1930, Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.
- Maria Reize, Das wahre Gesicht der SPD., Ein Wort an die SPD.-Arbeiter, Internationaler Arbeiterverlag, Berlin.
- J. Stalin, Probleme des Leninismus, Zweite Folge (Marxistische Bibliothek, Band 5a), Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien.
- G. Plechanow, Grundprobleme des Marxismus (Marxistische Bibliothek), Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien.
- Th. Motzke, Beiträge zur Geschichte der englischen Arbeiterbewegung (Marxistische Bibliothek), Verlag für Literatur und Politik, Berlin-Wien.

Bürgerliche Literatur

- Conrad Borchard, Die Kriegsschuld Deutschlands, Weltpolitik 1890—1914, Verlag Tradition Wilhelm Rolf, Berlin.
- „Kaiser und Kanzler im Sturmjahr 1898“, Die Wahrheit nach den Urkunden, Verlag Hoffe und Weller, Leipzig.
- Wismarck, Gedanken und Erinnerungen, 8 Bände in einem Band, J. Cottasche Buchhandlung Nachf., Berlin.
- Heinrich Bierckhöfer, Armenien 1915, Was die Kaiserliche Regierung den deutschen Untertanen verschwiegen hat, Die Abschaffung eines Kulturvolkes durch die Türken, Fackelverlag, Hamburg-Bergedorf.
- Der Tonfilm, Grundlagen und Praxis seiner Aufnahme und Weitergabe, Herausgegeben von Dr. Hans Wollenberg, Verlag der „Lichtbildkammer“.
- Wilhelm Müller-Schäfer, Falk Lampel, Verlag Georg Grandpierre, Pöckel in Launs.
- Frans Schellen, Kampf, Dramatisches Gedicht, Verlag Adolf Kuhn, Leipzig.
- Sally Richter, Zwei Welten, Aus der Berliner Diplomatie, Verlag S. Thomas Nachf., Berlin.

Holopp: Fischkutter HF 13

Kritik eines Arbeiterkorrespondenten

Dieses Buch rollt das Leben der Fischkutter in seiner ganzen Breite auf. Einer widerlichsten Gestalten, die an den Küsten der Nord- und Ostsee sitzen und nach Jahrhunderten alter Tradition mit ihren Segelkuttern aufs Meer hinausfahren, um dort Ernte zu halten. Sie führen einen heroischen Kampf mit den Elementen, in dem sie trotz mancher Opfer, welche die flürmische See forderte, immer Sieger geblieben sind.

Jedoch ein viel gewaltigerer Widersacher ist in der organisierten Profitgier aufgelaufen. Hartnäckig und jäh vorrückend die Fischer das Meer, den eigenen Kutter und den selbständigen Verkauf des Fanges. Doch die Kapitalisten in den großen Fischereigesellschaften verstehen keinen Spaß. Ihre Dampfer treiben Raubband an dem Fischbestand des Meeres, sie sind schneller und unabhängig von der Witterung. Die Preise werden in den Auktionshallen der großen Häfen von Händlern diktiert. Einen verzweifeltsten Kampf führen die Fischer gegen ihre Versteinerung, aber vergebens, das Manufakturkapital hat sie gepakt, da gibt es kein Entrinnen.

Auf diesem Hintergrund vollzieht sich das wechselvolle Geschick einer Fischerfrau, der Besitzerin des Kutters H. F. 13. Der Fischer hatte der wisse Tod. Ihr Sohn und der Kometad ihres Mannes fuhren weiter auf dem Fischfang. Sie selbst befindet sich in den Händen eines Kapitalisten, dessen Geliebte sie dann wird. Da nimmt ihr das Meer auch noch den Sohn und das Schiff. Ihrer Existenz beraubt, ein Kind von dem Kapitalisten unter dem Herzen, wird sie vor dem Profitjäger in Stich gelassen.

Aus Verzweiflung versucht sie selbst, die Frucht im Leibe zu töten. Die Dorfbewohner finden sie todkrank in ihrem Haus. Der Dorfkatholik findet solche Nahrung. Man sagt sie an, wegen Verbrechens gegen den Abtreibungsparagraphen und verurteilt sie zu einer langen Gefängnisstrafe.

Es sind prächtige Menschentypen, die der Verfasser naturgetreu gezeichnet. Sehr gut ist auch das Wüten des Fischbootes

geschildert, wenn auch am Anfang mancher überflüssiger Kleinbürgerlicher Schmutz vorkommt. Ebenso am Schluß ist es nicht ganz verständlich, warum der Verfasser wohl seinen Zimmermann voller Begeisterung sagen läßt, daß das Licht von Osten kommt, aber schamhaft den Namen der Sowjetunion verschweigt. Aber abgesehen von diesen Mängeln, ein prächtiges Buch, das besonders jede Arbeiterfrau befruchtet aus der Hand legen wird. Das Buch ist im „neuen Deutschen Verlag“ erschienen und gut ausgestattet. K.

Kartelle, Konzerne und Trusts

„Kartelle, Konzerne und Trusts“, von Prof. Dr. Robert Heilmann, 2. ungewaltete und erweiterte Aufl., Verlag G. H. Moritz (Sof. J. Metzsch), Stuttgart, Brochüre 9 Mark, Leinen 12 Mark, 228 Seiten.

Inwiefern ist die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart in Deutschland und im Ausland in Kartellen, Konzernen und Trusts „organisiert“? Darüber bringt Heilmann ein zahlreiches neues und interessantes Material, bei gleichzeitiger Erklärung der Art der monopolistischen Organisation des Kapitals. Er vertritt sich jedoch in Widersprüche, weil er den parasitären Charakter des Monopolkapitals zu verdecken versucht. Einerkeltis könnten nach U. die Kartelle infolge ihrer „planmäßigen Produktionspolitik“ die Kräfte mildern, andererseits führten gerade sie zu vielfach verschärften Konkurrenz-kämpfen.

Zum Schluß schlägt U. eine staatliche Monopolisierung „der Berufswohl“ in Verbindung mit einem allgemeinen Arbeitszwang (Arbeitsdienstjahr) vor. Das ist tatsächlich dem Monopolkapital aus der Seele gesprochen!

Die großen Eisen- und Metallkonzerne“, von Dr. H. Marcus, Verlag S. Hirzel, Leipzig 1929, 192 S. mit 18 Tafeln. Preis brosch. 18 Mark, geb. 14,50 Mark.

Es wird eine informative Heberlei über den Aufbau „von 18 großen Eisen- und Metallkonzernen der ganzen Welt“ gegeben, die auch die Entwicklung der monopolistischen Kriege behandelt. R.

Etwas ganz Besonderes für den Herrn!
Kammgarn-Anzug blau-grau 45.-, 59.-, 69.-, 79.-
M. Schulmeister
Eckhaus Kottbuser Tor

Reichsbannerkapelle marschiert mit der SPD!

Erst jetzt wird uns bekannt, daß in Straßburg die kommunistische Maidemontstraktion in diesem Jahre eine Massenbeteiligung aufwies. Der Demonstrationzug war gewaltig, während in den vergangenen Jahren nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Arbeiter hinter der kommunistischen Fahne marschierte. Das bemerkenswerteste war, daß die frühere Kapelle des Reichsbanners fast geschlossen mit dem Zuge der SPD marschierte. Das Reichsbanner selbst hat in Straßburg das Zeitliche gesegnet. Dem sozialdemokratischen „Vorposten“ ist begreiflicherweise der leutest Schreck die Spunde weggeblieben. Eine ganze Anzahl neue Mitglieder wurden in die Partei, die Jugend und die Kutifa aufgenommen.

Geheilte Bettelaktion der Nazis

Gleich in der ersten Sitzung des neugewählten Thüringer Landtages beantragte die kommunistische Fraktion eine Unterstützung für die Erwerbslosen, Kriegsopfer, Sozial- und Kleinrentner. Die Nazis, die vor der Wahl den Erwerbslosen das Blau vom Himmel versprochen, verschleppten die Beratung des Antrages. Die SPD enthielt sich bei der Abstimmung der Stimme. Die Nazis riefen dann bombastisch zu einer „Landesspende“ auf. Jetzt liegt die Abrechnung vor. Die Bettelaktion hat kumpige 100.000 Mark ergeben. Es ist verständlich, warum Nazi-Führer die kommunistische Presse auf Wochen hinaus verboten hat. Er fürchtet, daß die kommunistische Presse diese Schandpolitik der Helfershelfer des Großkapitals, der Nazis, und die betrübliche Rolle der SPD, feststellt.

Die preußischen Skandale

Der Sumpf um die Preußentasse und Raiffeisen-Bank

Der Landtag setzte am Freitag die Beratung des Etats des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten fort. Die Debatte verhandelte aber nach der geistigen wirkungsvollen Rede unseres Genossen vollständig. Dem Genossen Benfisch wurde als 2. Redner der kommunistischen Fraktion durch einen Schlußantrag der SPD, das Wort abgeschnitten. Die Bestimmungen zum Braun-Etat finden erst am 20. Mai statt.

Der Hauptteil der Sitzung wurde dann mit der Debatte über den Bericht zu den Feststellungen des Untersuchungsausschusses über den Raiffeisen- und Preußentassen-Skandal ausgefüllt. Sozialfaschist Kuttner mußte als Berichterstatter feststellen, daß die preußischen

Steuerzahler einen Verlust von etwa 60 Millionen durch ihre Steuererhöhungen bedient hätten.

Korruption habe sich aber erfreulicherweise nicht gezeigt. Bei der Raiffeisen-Bank habe man es hingegen an Offenheit und Ehrlichkeit fehlen lassen. Es seien Spekulationsgeschäfte gemacht worden, die nach den Statuten nicht gemacht werden durften und über die man der Preußentasse nicht reinen Wein eingeschenkt habe. Es müsse aber festgestellt werden, daß sich die deutsch-nationalen Direktoren Dietrich, Seelmann und Schwarz persönlich nicht beteiligt hätten, wie man das zum Teil bei den Profiteuren vermuten müßte.

Genosse Karl Schulz stellte fest: Bei der Unterbrechung der Kreditgewährung wurde festgestellt, daß jahrelang Unterlagen für die Kreditfähigkeit der genannten Organisationen fehlten. Trotzdem wurden Hunderte von Millionen den Raiffeisen-Genossenschaften zur Verfügung gestellt. Das geschah

mit ausdrücklicher Billigung der Finanzminister Dr. v. Richter und Dr. Höpfer-Möhsch sowie der ganzen preußischen Staatsregierung.

Das Direktorium der Raiffeisen-Bank hat in verantwortungsvoller Weise die Geschäfte geführt. Die von der Preußentasse zur Verfügung gestellten Kredite wurden zu privaten Geschäften benutzt. Der Generaldirektor Dietrich (Deutsch-nationaler Reichstagsabgeordneter, Aufsichtsrat der Dresdener Bank, Vizepräsident des Reichstags usw.) betrieb selbst Privatpekulationen in räumlichen Staatspapieren mit den Geldern, die aus den Krediten der Preußentasse stammten. Es wurden falsche Auskünfte erteilt, unbecommene Tatsachen geheimgehalten und durchgreifende Revisionen unterbunden. Die Preußentasse hat durch ihr Verhalten diese Täuschungsmanöver der Raiffeisen-Bank begünstigt. Der Fall Urzigew, bei dem die Raiffeisen-Bank allein 20 Millionen verlor, demonstriert die erschreckende Gewissenlosigkeit der Geschäftsführung der Raiffeisen-Bank.

Die kommunistische Fraktion hatte bereits Anfang März 1929 die Unterbrechung der ungeheuerlichen Vorgänge gefordert.

Die kommunistische Fraktion stellt deshalb klar und eindeutig fest, daß die Verantwortlichen für den ungeheuerlichen Korruptionssumpf nicht in erster Linie die Beamten der Preußentasse trifft, sondern die Verantwortlichen in der Regierung, die Finanzminister v. Richter und Dr. Höpfer-Möhsch sowie den Ministerpräsidenten Braun.

Nach längeren leeren Schwärzereien Kuttners (SPD) und anderer bürgerlicher Redner wurden die in dem Bericht Kuttners enthaltenen „Feststellungen“ zur Vertuschung der Schuld der Regierung in diesem Korruptionsskandal mit den Stimmen der Regierungsparteien und der Volkspartei gebilligt.

Theater, Konzerte usw.

Sonnabend, den 10. Mai

Staatstheater Unter d. Linden
Tisch- u. S. d. 9. / Jahres- u. S. Nr. 126 / 1929 bis 214 Uhr

Schwanda, der Dudelsackpfeifer

Staatstheater am Pl. d. Republik
Sonn- 79 / 20 bis nach 214 Uhr

Die Stimme von Portici
Essenreicher Kartenverkauf

Städtische Oper
Kasselerstr. 1 / 19 bis 23 Uhr

Sammler
(Deutsche Fassung)

Staatliches Schauspielhaus
St. N. IV. G. Nr. 7 / Jahres- u. S. Nr. 111 / 20 bis gegen 224 Uhr

Wird Gift amnestiert?

Staatliches Schillertheater
20 bis gegen 224 Uhr

Giorgio e der

Theater u. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 8 - Marienpl. 18077
Täglich 8 Uhr

Unsere Bewacher sagen: „So haben wir in diesem Jahr noch nicht getan wie bei den Mal-Festspielen der Elite-Sänger“

„Sollt ich der Minister-„Chriele“ und des „Drei-Monats-Kinder““

Vorsänger dieses Inverata erhält Vorzugpreise

Planetarium
der Stadt Berlin - Am Zoo
Verl. Inachmiskaler Straße

12 Uhr, außer Montags:
18 1/2 Uhr:
Der Frühjahrsstimmeln.

19 1/2 Uhr:
Wierwürdige Sterne
(Niesen und Zwerge)

20 1/2 Uhr:
Unser Mond.

Wirtschaft 1.- 20. Abend 60 Pf.
Wirtschaft 20 Pf. Goldenbreite

Photoapparate
zu konventionellen Preisen. Riesenauswahl. Gegenüber dem Hauptbahnhof. (Reichenhaller Platz)

ROSSWASCHEREI
M. THIEME
Ravenstraße 7
U. Weddingstr.

Abonnenten der „Roten Fahne“

§ 218

Piscator-Bühne
von Carl Credé

Täglich 8 Uhr abends im
Waldner-Theater

50% Preisermäßigung

Der Umsatz des Vorjahres betrug 1.440.000 Mark. Der Umsatz des Monats Mai 1929 betrug 1.440.000 Mark. Der Umsatz des Monats Juni 1929 betrug 1.440.000 Mark.

LUNA
in vollem Betrieb

Casino-Theater
2 1/2 Vorfrüher Straße 37 8 1/2

Die Berliner Welle

Rentier Mudicke
und das Kleinst-Theater-Programm

Sommerpreise
50 Pf., 1.- M., 1.50 M.

Sonnabend u. Sonntag kleiner Zuschlag

Kind- u. Schweinschächtere
O. Haase, Pankow
Wollanstr. 97

Vorletzte Woche

Ihre Hoheit die Tänzerin

Größe Operette in 3 Akten
Tägl. 8 1/2 Sonntag 9 1/2 u. 9 Uhr

Voranzeige:
Ab Sonntag den 13. Mai
Jenny steigt empor
Veranstaltung von H. A. Klein
(Autor v. Meisner)
Berlin O. G. Frankfurter Str. 132
Alex. 3027 u. 3194

Rose THEATER

KAUFGESUCHE

Einzelstücke
Wollene Stoffe, Seidenstoffe, etc.

HERRENKLEIDUNG

Wollene Anzüge, etc.

Wenig getragene
billige Herrenkleidung, etc.

Wenig getragene
billige Herrenkleidung, etc.

CHESTERFIELD SHIRT
Das amerikanische Schlagermodell.
Das ideale Kleidungsstück für Arbeit und Freizeit.

Material Moderner, originell
Schmidt, Garment, in Qualität das Beste.
Preis nur 2.50 per Stück.
Persepolis, Preisermäßigung.
Krawatte gratis.
Größe 42-48.
Abt. D 55 New York Montreal
Berlin SW 48, Friedländerstr. 23.

MÖBEL

Sammlung
Kleintische, etc.

MUSIKINSTRUMENTE

Flöten, etc.

FARBE-TAPETEN

Tapeten, etc.

VERSCHIEDENES

Wäsche, etc.

Kaufe sofort zahle später

Elegante Herren- u. Damen-
Konfektion
Schuhe, Tisch-Bett- u. Leib-
Wäsche, Teppiche, Gardinen
Bettfedern.

1/60 RTZ. REST NACH VEREINBARIGEM

Möbel
auch ohne Anzahlung

24 Mon.-Raten

Schleier
Schleichelstr. 40
Falkenbergstr. 2-3

Der Mai ist da

und mit ihm die
moderne Herrenkleidung

Wir verkaufen aus dem Riesenlager
blaue Gabardine-Mäntel und elegante Anzüge

für Mk. **59,-** Mk. **69,-** Mk. **79,-**

Reiche Auswahl! Gute Qualitäten! Niedrige Preise!

Vorteile finden Sie bei uns

S. LEVY Charlottenburg
Scharrenstraße 36